Stand: 06.10.2026 14:37:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11872

"Jetzt entschieden handeln - Corona-Infektionszahlen in Bayern vor Weihnachten senken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/11872 vom 08.12.2020
2. Beschluss des Plenums 18/11928 vom 08.12.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 08.12.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2020 **Drucksache** 18/**11872**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Markus Blume, Alfons Brandl, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Thomas Huber, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Jetzt entschieden handeln – Corona-Infektionszahlen in Bayern vor Weihnachten senken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass es trotz der bisher ergriffenen Maßnahmen nicht zu einem spürbaren, landesweiten Rückgang der Infektionszahlen kommt. Nach wie vor sind die Infektionszahlen in Bayern zu hoch. Es kommt weiter zu starken, diffusen Infektionsgeschehen mit zahlreichen regionalen Hotspots. Das bayerische Gesundheitssystem steht immer stärker unter Druck, einzelne bayerische Kliniken stoßen an ihre Grenzen. Alle Akteure des bayerischen Gesundheitssystems sind schon jetzt einer hohen Belastung ausgesetzt – von den Kliniken bis in die Gesundheitsämter. Auch ihnen gebührt Dank und Solidarität.

Der Landtag bekräftigt, dass das Infektionsgeschehen wieder deutlich eingedämmt werden muss, um eine sichere Nachkontrolle von Infektionswegen zu ermöglichen. Dann kann auch wieder an Lockerungen für das öffentliche Leben gedacht werden, die es mit Umsicht und Vorsicht vorzubereiten gilt.

Der Landtag betont, dass die steigende Zahl der Todesfälle nicht tatenlos hingenommen werden kann. Es ist die gesamtgesellschaftliche Pflicht, gerade die vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu schützen und dazu die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. In der Abwägung aller beachtenswerten Rechte und Interessen kommt dem Schutz des Lebens und der Gesundheit höchster Stellenwert zu.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Daher unterstützt der Landtag die von der Staatsregierung am 6. Dezember 2020 beschlossenen Maßnahmen im Rahmen eines 10-Punkte-Plans für einen verschärften Kampf gegen die Corona-Pandemie in Bayern, insbesondere:

- Die Verhängung des Corona-bedingten Katastrophenfalles ab 9. Dezember 2020.
- Den Erlass einer landesweiten Ausgangsbeschränkung, die ein Verlassen der Wohnung nur noch aus triftigen Gründen zulässt (z. B. Arbeit, Arztbesuch, Einkäufe, Begleitung von unterstützungsbedürftigen Personen, sportliche Betätigung), sowie einer erweiterten Ausgangssperre zwischen 21 und 5 Uhr in regionalen Hotspots.
- Die Sonderregelung für Weihnachten, die eine gelockerte Kontaktbeschränkung vorsieht, um Weihnachten als Fest der Familie in einem kleineren Rahmen zu ermöglichen.
- Die strikten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen für Silvester und Neujahr.
- Die Regelungen für Schulen und Kinderbetreuung, die die Pandemiebekämpfung und das Wohl der Kinder und Jugendlichen neu abwägen und in Einklang bringen mit
  - der Beibehaltung des Präsenzunterrichts von der 1. bis zur 7. Jahrgangsstufe an allen Schulen;
  - dem Wechselunterricht ab der Jahrgangsstufe 8. Wichtig ist die Ausnahme für das Abschlussjahr der jeweiligen Schulart;
  - dem Distanzunterricht an allen beruflichen Schulen;
  - dem Distanzunterricht in Landkreisen oder kreisfreien Städten mit einer Inzidenz von mehr als 200 ab Jahrgangsstufe 8 (Ausnahmen hier: das letzte Schuljahr der jeweiligen Schulart und Förderschulen);
  - dem Offenhalten der Kindertagesbetreuung.
- Der erweiterten Quarantänepflicht ab dem 9. Dezember für den sog. kleinen Grenzverkehr bis das Infektionsgeschehen die bisherigen, gerade für die Grenzregion wichtigen Erleichterungen wieder möglich macht. Wichtig ist, dass die Regelungen insbesondere für Grenzpendler und Grenzgänger einschließlich Schule und Ausbildung davon nicht berührt werden und im Hinblick auf das Weihnachtsfest der Besuch der Großeltern als weitere Ausnahme möglich wird.
- Der zielgenauen Regelungen zum Schutz der besonders gefährdeten Gruppen in Altenheimen und Seniorenresidenzen, Pflege- und Behinderteneinrichtungen: Besuche sind weiter möglich, denn es gilt, die Menschen auch vor Vereinsamung zu schützen. Aber es gibt eine Begrenzung der Besuche und besondere Voraussetzungen (aktueller Coronatest, FFP2-Maske). Der Freistaat stellt dafür 2 Millionen FFP2-Masken aus dem Pandemielager zur Verfügung. Dies wird flankiert durch die regelmäßige Testung der Beschäftigten.
- Die Durchführung von freiwilligen Reihentestungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Testkapazitäten insbesondere in Einrichtungen mit vulnerablen Personen (z. B. Alten- und Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen, Krankenhäuser) und Schulen.

Der Landtag sieht diese Maßnahmen angesichts des hohen Infektionsgeschehens trotz der damit einhergehenden, einschneidenden Belastungen als geeignet, erforderlich und verhältnismäßig an. Er trägt diese ausdrücklich mit.

Der Landtag bittet die Menschen in Bayern, in dieser Krise weiter zusammenzustehen und zum Schutz insbesondere der vulnerablen Bevölkerungsgruppen diese Maßnahmen gemeinsam umzusetzen.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 08.12.2020 **Drucksache** 18/**11928**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Jürgen Baumgärtner, Barbara Becker, Eric Beißwenger, Markus Blume, Alfons Brandl, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer, Alex Dorow, Holger Dremel, Norbert Dünkel, Dr. Ute Eiling-Hütig, Matthias Enghuber, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Karl Freller, Max Gibis, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Thomas Huber, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Sandro Kirchner, Jochen Kohler, Harald Kühn, Manfred Ländner, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Dr. Stephan Oetzinger, Franz Josef Pschierer, Helmut Radlmeier, Barbara Regitz, Dr. Franz Rieger, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Andreas Schalk, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Martin Schöffel, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Bernhard Seidenath, Dr. Ludwig Spaenle, Klaus Steiner, Sylvia Stierstorfer, Klaus Stöttner, Karl Straub, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Martin Wagle, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Josef Zellmeier** und **Fraktion (CSU)**,**Florian Streibl,**

Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**11872**

Jetzt entschieden handeln – Corona-Infektionszahlen in Bayern vor Weihnachten senken

Der Landtag stellt fest, dass es trotz der bisher ergriffenen Maßnahmen nicht zu einem spürbaren, landesweiten Rückgang der Infektionszahlen kommt. Nach wie vor sind die Infektionszahlen in Bayern zu hoch. Es kommt weiter zu starken, diffusen Infektionsgeschehen mit zahlreichen regionalen Hotspots. Das bayerische Gesundheitssystem steht immer stärker unter Druck, einzelne bayerische Kliniken stoßen an ihre Grenzen. Alle Akteure des bayerischen Gesundheitssystems sind schon jetzt einer hohen Belastung ausgesetzt – von den Kliniken bis in die Gesundheitsämter. Auch ihnen gebührt Dank und Solidarität.

Der Landtag bekräftigt, dass das Infektionsgeschehen wieder deutlich eingedämmt werden muss, um eine sichere Nachkontrolle von Infektionswegen zu ermöglichen. Dann kann auch wieder an Lockerungen für das öffentliche Leben gedacht werden, die es mit Umsicht und Vorsicht vorzubereiten gilt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Der Landtag betont, dass die steigende Zahl der Todesfälle nicht tatenlos hingenommen werden kann. Es ist die gesamtgesellschaftliche Pflicht, gerade die vulnerablen Bevölkerungsgruppen zu schützen und dazu die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. In der Abwägung aller beachtenswerten Rechte und Interessen kommt dem Schutz des Lebens und der Gesundheit höchster Stellenwert zu.

Daher unterstützt der Landtag die von der Staatsregierung am 6. Dezember 2020 beschlossenen Maßnahmen im Rahmen eines 10-Punkte-Plans für einen verschärften Kampf gegen die Corona-Pandemie in Bayern, insbesondere:

- Die Verhängung des Corona-bedingten Katastrophenfalles ab 9. Dezember 2020.
- Den Erlass einer landesweiten Ausgangsbeschränkung, die ein Verlassen der Wohnung nur noch aus triftigen Gründen zulässt (z. B. Arbeit, Arztbesuch, Einkäufe, Begleitung von unterstützungsbedürftigen Personen, sportliche Betätigung), sowie einer erweiterten Ausgangssperre zwischen 21 und 5 Uhr in regionalen Hotspots.
- Die Sonderregelung für Weihnachten, die eine gelockerte Kontaktbeschränkung vorsieht, um Weihnachten als Fest der Familie in einem kleineren Rahmen zu ermöglichen.
- Die strikten Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen für Silvester und Neujahr.
- Die Regelungen für Schulen und Kinderbetreuung, die die Pandemiebekämpfung und das Wohl der Kinder und Jugendlichen neu abwägen und in Einklang bringen mit
  - der Beibehaltung des Präsenzunterrichts von der 1. bis zur 7. Jahrgangsstufe an allen Schulen;
  - dem Wechselunterricht ab der Jahrgangsstufe 8. Wichtig ist die Ausnahme für das Abschlussjahr der jeweiligen Schulart;
  - dem Distanzunterricht an allen beruflichen Schulen;
  - dem Distanzunterricht in Landkreisen oder kreisfreien Städten mit einer Inzidenz von mehr als 200 ab Jahrgangsstufe 8 (Ausnahmen hier: das letzte Schuljahr der jeweiligen Schulart und Förderschulen);
  - dem Offenhalten der Kindertagesbetreuung.
- Der erweiterten Quarantänepflicht ab dem 9. Dezember für den sog. kleinen Grenzverkehr bis das Infektionsgeschehen die bisherigen, gerade für die Grenzregion wichtigen Erleichterungen wieder möglich macht. Wichtig ist, dass die Regelungen insbesondere für Grenzpendler und Grenzgänger einschließlich Schule und Ausbildung davon nicht berührt werden und im Hinblick auf das Weihnachtsfest der Besuch der Großeltern als weitere Ausnahme möglich wird.
- Der zielgenauen Regelungen zum Schutz der besonders gefährdeten Gruppen in Altenheimen und Seniorenresidenzen, Pflege- und Behinderteneinrichtungen: Besuche sind weiter möglich, denn es gilt, die Menschen auch vor Vereinsamung zu schützen. Aber es gibt eine Begrenzung der Besuche und besondere Voraussetzungen (aktueller Coronatest, FFP2-Maske). Der Freistaat stellt dafür 2 Millionen FFP2-Masken aus dem Pandemielager zur Verfügung. Dies wird flankiert durch die regelmäßige Testung der Beschäftigten.
- Die Durchführung von freiwilligen Reihentestungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Testkapazitäten insbesondere in Einrichtungen mit vulnerablen Personen (z. B. Alten- und Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen, Krankenhäuser) und Schulen.

Der Landtag sieht diese Maßnahmen angesichts des hohen Infektionsgeschehens trotz der damit einhergehenden, einschneidenden Belastungen als geeignet, erforderlich und verhältnismäßig an. Er trägt diese ausdrücklich mit.

Der Landtag bittet die Menschen in Bayern, in dieser Krise weiter zusammenzustehen und zum Schutz insbesondere der vulnerablen Bevölkerungsgruppen diese Maßnahmen gemeinsam umzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Barbara Becker
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Jürgen Mistol
Abg. Andreas Winhart
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Dr. Dominik Spitzer
Abg. Johann Häusler
Abg. Ruth Waldmann
Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Dr. Fabian Mehring
Abg. Raimund Swoboda
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Bernhard Seidenath

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf den **Tagesordnungspunkt 2** aufrufen:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jetzt entschieden handeln - Corona-Infektionszahlen in Bayern vor Weihnachten senken (Drs. 18/11872)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fünf-Stufen-Plan für eine verlässliche, einheitliche und transparente Strategie im Umgang mit COVID-19 während der Impfphase (Drs. 18/11873)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)
Moratorium für SARS-CoV-2-Impfstoffe (Drs. 18/11874)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen besser schützen! (Drs. 18/11875)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (Drs. 18/11876)

Vorweg weise ich darauf hin, dass sich die Gesamtredezeit der Fraktionen auf 68,5 Minuten verringert. Es entfallen auf die CSU-Fraktion 17 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 10,5 Minuten, auf die AfD-Fraktion 10 Minuten, auf die SPD-Fraktion 10 Minuten und auf die FDP-Fraktion 9 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion und beträgt 17 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4,5 Minuten sprechen.

Ich weise bereits an dieser Stelle darauf hin, dass für den Antrag 18/11872 namentliche Abstimmung beantragt worden ist, eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort der Kollegin Barbara Becker von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Frau Abgeordnete Becker.

Barbara Becker (CSU): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der "Wellenbrecher" hat die Welle tatsächlich gebrochen. Weg ist sie aber leider noch nicht. Keiner macht sich starke Eingriffe in das Leben von Menschen leicht; aber das Coronavirus fordert uns heraus. Wir müssen handeln.

Ich danke daher der Staatsregierung ausdrücklich, dass sie genau dies tut – mit Vernunft und Vorsicht, aber eben auch entschieden und so klar, wie es irgend geht. Im Moment gehen die Krankenhäuser wie immer regional und sehr verantwortungsvoll mit dem Einsatz der Ressource Personal um. Sie verschieben plan- und verschiebbare Eingriffe. Sie passen auf ihr Personal und ihre Patienten auf. Dies zeigt: Wir haben viel aus der ersten Welle gelernt, indem wir Mittel zur Verfügung stellen, Schutzkleidung und Masken, und uns einfach an die Regeln halten.

Aber man muss sich auch vor Augen führen: Welch ein psychischer Druck ist es wohl, in einem Krankenhaus zu arbeiten, in dem einem unter Umständen Menschen wegen

dieses grausamen Virus unter der Hand wegsterben? Oder in einer Pflegeeinrichtung – –

(Eine Plexiglasscheibe fällt um)

– Es ist nichts Schlimmes passiert, glaube ich.

(Zurufe)

– Hat er heute Geburtstag? – Nein, es ist alles gut, vor allem haben wir keine Verletzten im Raum.

(Heiterkeit – Zuruf)

Ich komme zurück zum Personal in den Krankenhäusern. Es geht ja nicht nur darum, dass sie sehen müssen, wie die Patienten wegsterben, sondern auch darum, dass sie selbst die Sorge haben, eine Ansteckung in ein Heim oder Krankenhaus hineinzutragen. Nun dauert die Krise schon ziemlich lange, und das ist herausfordernd. Florian Herrmann sagte neulich in einer Besprechung, eine Krise dauere in der Regel vielleicht zwei Monate, dann ist sie aus den Medien, dann ist sie vergessen – und diese dauert so viel länger und fordert uns so viel ab. Das COVID-19-Virus lässt einfach nicht locker, und die Menschen brauchen eine Perspektive; darin sind wir uns alle einig.

Aber eine Perspektive herbeizaubern können wir trotzdem nicht. Wir schaffen es nur, eine Perspektive zu schaffen, wenn die Infektionszahlen gebremst sind, und zwar auf einem sehr viel niedrigeren Niveau. Am Ende – ich sage nochmals etwas von Dr. Florian Herrmann – ist es nur Biologie und Mathematik. Wir lernen täglich dazu: dass Aerosole einfach in der Luft stehen bleiben, im Winter noch viel stärker als im Sommer, und daher ist vielleicht die Gefahr der Ansteckung größer.

(Zuruf)

Wir lernen, dass COVID-19 nicht nur eine Lungenerkrankung ist, sondern eine Systemerkrankung, die sich auf den gesamten Körper ausbreiten kann. Wir lernen, dass auch Nachfolgeerkrankungen langwierig sind. – Das ist die Biologie.

Die Seite der Mathematik sind die Zahlen; und wir können hier so emotional sein, wie wir wollen – am Ende geht es um blanke, nackte Zahlen. Wenn wir es schaffen, innerhalb einer Woche pro hunderttausend Einwohner wieder auf 50 Neuansteckungen zu kommen, dann haben wir – auch jetzt mit dem Aufbau der Gesundheitsämter – genügend Personal, um die Kontakte nachverfolgen zu können. So einfach ist es, und dabei muss man gar nicht emotional sein. Es ist Biologie und Mathematik. Punkt. Das lässt sich einfach berechnen, und im Übrigen, wenn man mir oder der CSU nicht glauben will, macht es die wunderbare Viola Priesemann ganz einfach und ganz schlicht. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Max-Planck-Institut in Göttingen. Sie kann es so schön erklären, dass es fast jeder hier im Raum verstehen könnte.

Jetzt haben wir die Chance. Ein Kollege forderte, dieses Geschenk des Kalenders, die Weihnachtszeit, für neue Maßnahmen zu nutzen: zusammenhalten, indem man weniger zusammen ist, Kontakte reduzieren, und zwar für Menschen, die besonders Gefahr laufen, schwer zu erkranken, aber auch für alle, die sich in den letzten Wochen und Monaten aufgeopfert haben und dies wahrscheinlich noch weiter tun müssen: das Pflegepersonal, die Ärzte, die Betreuerinnen – mit dem Blick auf die Menschen, die täglich an Corona sterben. Ich nenne noch einmal die Zahl: in den vergangenen Tagen waren es rund 400. Das ist mein halbes Dorf, das ist kein Pappenstiel.

Aber auch für andere würde ich das gern tun, für einige Leute aus meinem Stimmkreis: für die Kerstin, die ein Reisebüro hat, für den Heiko, der mit seiner A-Capella-Gruppe wieder auftreten will, für die Isabell, die ihr Eventzentrum wieder öffnen will. Sie alle sind total genervt von Corona, keine Frage; aber sie sagen auch: Zieht es jetzt durch, fahrt noch mal runter. Wir schaffen es nicht anders, als dass wir jetzt noch einmal konsequent sind. Deshalb: Vor den Lohn haben die Götter den Schweiß gesetzt. Natürlich ist das alles kein Spaß, und man merkt auch hier im Saal, wie manchmal die

Emotionen hochgehen. Aber es hilft nichts, Leute. Wir sind die, die diese Entscheidungen treffen. Wir müssen den geraden Rücken haben und wir müssen die Nerven behalten, auch für andere mit.

Deshalb ist dieser Zehn-Punkte-Plan gut, denn es ist keine Rückkehr zum Lockdown Nummer eins. Wir haben jetzt eine Impfstrategie und wir haben einen Impfstoff, einen, der nur deshalb so schnell auf den Weg gebracht worden ist, weil man international zusammengearbeitet, unglaublich viel Geld hineingesteckt und nicht nacheinander verschiedene Impfmöglichkeiten erprobt sondern mehrere gleichzeitig. Dies ermöglicht uns, die Impfstrategie umzusetzen. Es wird Zeit brauchen, und es wird auch nicht jede und jeder geimpft werden können und nicht jede und jeder geimpft werden wollen. Das ist zu respektieren, deshalb gibt es weitere Möglichkeiten.

Wir müssen natürlich die vulnerablen Gruppen schützen. Wir müssen alle schützen, die geschützt werden müssen. Deshalb ist es ganz wunderbar, dass Klaus Holetschek und Melanie Huml mit den bayerischen Hilfsorganisationen vereinbart haben – BRK, Johanniter und wie sie alle heißen –, dass diese im Rahmen ihrer personellen Möglichkeiten mithelfen, die Schnelltests in den Alten- und Pflegeheimen durchzuführen, und es für Besucherinnen und Besucher neben den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Pflegekräften FFP2-Masken geben wird.Nachdem wahrscheinlich bei Ihnen allen schon Leute anrufen und fragen, wo man Masken und Schnelltests bekommt, bitte ich alle, die ihre Angehörigen besuchen wollen, um ein bisschen Geduld. Wir versuchen in Bayern schon zu zaubern. Am Ende braucht es, je nach Lieferung, aber ein paar Tage, bis das Material verteilt ist. Wir haben die Schnelltests, wir haben die Masken und wir haben mit der Impfung einen Silberstreifen am Horizont.

Wir haben etwas Weiteres, was mich so unglaublich freut: Unsere tollen Entscheidungen der letzten Woche bezüglich der Medizinstrategien. Wie großartig ist es, dass wir in der Lage sind, 50 Millionen Euro nicht nur für Impfungen, sondern auch für Medikamente bereitzustellen? Für die Leute, die nicht geimpft werden können oder wollen, brauchen wir Medikamente. Es muss Medizin geben, die in Bayern – das klingt etwas

pathetisch – für die Welt entwickelt wird. Vielleicht ist es aber so. Deshalb ist es eine wunderbare Nachricht, dass wir in ein paar Monaten hoffentlich über Medikamente verfügen können.

Die zehn Punkte, die wir über die nächsten paar Wochen durchziehen müssen, sind die Hürde, die wir noch zu nehmen haben. Ich sage es noch einmal: Wir müssen jetzt auch für andere die Nerven haben, die die Nerven gerade ein bisschen verlieren. Dafür sind wir gewählt und dafür stehen wir ein. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Abgeordnete. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Bevor ich zu einer Zwischenbemerkung aufrufe, weise ich darauf hin, dass während ihrer Rede eine Glasscheibe umgekippt ist. Damit aber keine Missverständnisse entstehen, sage ich: Es war keinerlei Aggressivität im Spiel.

(Heiterkeit)

Jetzt rufe ich Herrn Abgeordneten Hahn auf.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Becker, Sie haben uns sehr viel über Zahlen und Mathe zu erzählen versucht, auch wenn das Ganze manchmal eher den Charakter einer Märchenstunde hatte. Bleiben wir doch einmal bei Zahlen und Fakten. Ich hatte es in meiner Rede heute gesagt: Die WHO spricht von einer Todesrate von 0,23 %. Wir haben also keineswegs einen Killervirus. Können Sie bitte einfach diese Zahl mathematisch kommentieren?

Barbara Becker (CSU): Ich kann sie gerne kommentieren. Ich möchte mit Ihnen einen Deal machen. Sie haben vorhin so schön gesagt: Die Zahl der Toten, die durch die Folgewirkungen der Corona-Beschränkungen sterben, ist unermesslich. Von der Dunkelziffer habe ich aber keine Ahnung. So oder so ähnlich hat es geheißen, aber es ist

alles aufgenommen. Wenn wir uns beide einmal in dem Sinne über Mathematik unterhalten, dann erkläre ich Ihnen das gerne.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Jürgen Mistol von der Fraktion der GRÜNEN.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Je länger die Pandemie dauert, desto lauter werden die Rufe nach einer langfristigen politischen Strategie. Jetzt kann man es so machen, wie es der Kollege Prof. Dr. Bausback vor eineinhalb Wochen in einer Zwischenbemerkung zu meiner Rede getan hat. Damals habe ich diese langfristige Strategie schon angemahnt. Er hat dann mit dem Finger auf andere gezeigt — ich glaube, es war Baden-Württemberg – und gesagt, die haben auch keine langfristige Strategie. Tatsächlich haben wir bundesweit keine langfristige Strategie. Das ist die Crux. Auch auf Bundesebene gibt es diese langfristige, nach Regionen und Infektionsgeschehen differenzierte Strategie nicht, auch wenn Kollege Kreuzer heute meinte, es gäbe eine solche. Leider ist es nicht so.

Alle hangeln sich von MPK-Beschluss zu MPK-Beschluss, von Verordnung zur Verordnung, und immer schneller dreht sich das Rad, das das Regelwerk verändert. Viele Menschen draußen kommen gar nicht mehr mit, was denn gerade gilt und warum und wieso. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Problem, das man nach unserer Überzeugung lösen kann und auch lösen muss, wenn die Akzeptanz der mitunter sehr einschneidenden Maßnahmen bei den Menschen erhöht werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Über die Dramatik der aktuellen Situation sind wir uns hier im Hohen Haus mit einer Ausnahme weitgehend einig. Für uns GRÜNE ist klar: Es ist höchste Zeit zu handeln, und das auch mit der notwendigen Konsequenz. Wir haben teils schon vor Wochen vorgeschlagen, was jetzt endlich umgesetzt wird. Ich nenne exemplarisch nur die For-

derung, die wir schon vor eineinhalb Wochen erhoben haben: An Silvester sollen keine Lockerungen durchgeführt werden. Ich nenne die Einführung des Wechselunterrichts in den höheren Schulklassen und die Einführung einer bundesweit einheitlichen Software zur Nachverfolgung von Infektionsketten durch die Gesundheitsämter. Alles das ist von uns GRÜNEN beantragt worden, alles ist von der CSU und den FREIEN WÄHLER abgelehnt worden. Hier muss ich Ihnen schon den Vorwurf machen, dass Sie wertvolle Zeit verstreichen haben lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man muss es sehr deutlich sagen. Der softe Lockdown war schlicht und einfach zu soft. Unsere Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze hat bei der letzten Regierungserklärung am 27. November ganz deutlich gesagt, dass sie befürchtet, dass die damals vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmen nicht reichen werden. Dieses Hin und Her der Maßnahmen in den letzten Wochen und Monaten hat bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, bei den Kommunen, bei Unternehmen, bei Kultur- und Freizeiteinrichtungen und bei Vereinen doch für große Unsicherheit gesorgt. Deshalb sage ich: Wir brauchen jetzt Verlässlichkeit, Einheitlichkeit und Transparenz. Wir brauchen in Bayern, aber auch in ganz Deutschland eine klare Linie. Nur damit schaffen wir Verlässlichkeit und Vertrauen in die notwendigen Maßnahmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ist es wirklich zielführend, mit drastischen Worten und erhobenem Zeigefinger die Bevölkerung wachrütteln zu wollen? Ist es wirklich zielführend, den Menschen vorzuwerfen, die Lage nicht ernst genug zu nehmen, wie es unser Ministerpräsident vor ein paar Tagen gesagt hat? Heute hat er es nicht gesagt. Vor ein paar Tagen hat man das aber so der Presse entnehmen können. Wir GRÜNE sagen: Wenn wir Erfolg bei der Bekämpfung der Pandemie haben wollen, müssen wir die Menschen mitnehmen. Wir müssen ihnen auf Augenhöhe begegnen und dürfen ihnen nicht wie Knecht Ruprecht die Leviten lesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir bei der Bekämpfung der Pandemie Erfolg haben wollen, müssen die Maßnahmen auch etwas taugen und dürfen nicht nur in homöopathischen Dosen verabreicht werden. Für uns GRÜNE ist klar: Wir müssen uns noch weiter einschränken, insbesondere dort, wo die Fallzahlen hoch sind. Wir müssen Gewohntes noch mehr reduzieren, und das mitunter auch drastisch, um zu verhindern, dass immer mehr Menschen schwer erkranken und sogar sterben. Deshalb appellieren wir GRÜNE an die Bürgerinnen und Bürger, diesen Weg mitzugehen und auch im Bekannten- und Freundeskreis für die Akzeptanz der Maßnahmen zu werben, die am Ende viele Leben retten können.

Das Gebot der Stunde ist es, die Kontakte massiv zu reduzieren. Jeder und jede von uns hat hierfür die Verantwortung; denn wir können das alles nur gemeinsam schaffen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass unser Gesundheitssystem nicht kollabiert und dass auch die Menschen, die in diesem System arbeiten, nicht kollabieren. Unser Gesundheitssystem ist an vielen Orten Bayerns nämlich bereits bei Oberkante Unterlippe angekommen. Ziel aller Maßnahmen muss es jetzt sein, dem Gesundheitssystem Entlastung zu verschaffen.

Eine stabile Kontrolle des Infektionsgeschehens ist notwendig, um diese Überlastung des Gesundheitssystems von den Gesundheitsämtern bis hin zu den Intensivstationen zu verhindern, das Risiko für schwere Verläufe und Spätfolgen zu verringern und so ältere Menschen und Risikogruppen zu schützen. Gleichzeitig wollen wir aber gewährleisten, dass auch für sie Teilhabe am sozialen Leben weiterhin möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE fordern die Staatsregierung mit unserem Dringlichkeitsantrag deshalb auf, der Bevölkerung und allen mit der Pandemiebekämpfung befassten beruflichen Gruppen eine langfristige Perspektive auf der Grundlage eines verbindlichen Fünf-Stufen-Plans zu bieten. Ein solcher Plan ist die Basis für eine langfristige Strategie im Umgang mit COVID-19 in der Übergangsphase, bis ein ausreichender Anteil der

Bevölkerung geimpft ist. Das wird noch einige Monate dauern. Das wird uns noch einige Zeit beschäftigen. Dieser Plan soll durch eine Corona-Kommission des Landtags nach bundesweit einheitlichen Kriterien erarbeitet werden und auf das lokale Infektionsgeschehen reagieren.

Warum eine Corona-Kommission? – Uns GRÜNEN ist das Einbeziehen von Expertinnen und Experten der Wissenschaft sehr wichtig. Dieser Sachverstand muss auch für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar, transparent und nachvollziehbar sein. Allen muss klar sein, ab wann wo welche Maßnahmen gelten. Mit unserer Strategie wollen wir durch vorausschauendes, frühzeitiges und nachvollziehbares Handeln so viel Schutz wie nötig sicherstellen, aber gleichzeitig auch so viel Zusammensein, so viel Kultur und öffentliches Leben gewähren, wenn dies die Inzidenzzahlen irgendwann möglich machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen in diesem Bereich Einheitlichkeit, damit dies die Menschen verstehen. Einheitlichkeit bedeutet aber nicht Gleichzeitigkeit. Wir brauchen einheitliche Maßnahmen, ohne dabei alle Landkreise und kreisfreien Städte gleich zu behandeln. Die Maßnahmen müssen vom konkreten Ausbruchsgeschehen abhängen.

Der Zehn-Punkte-Plan der Staatsregierung ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung, greift aber unseres Erachtens viel zu kurz. Vor allem braucht es in ganz Deutschland einheitliche Regeln. Wir fordern die Staatsregierung auf, dies auf Bundesebene voranzubringen. Die Zeit drängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein solcher Fünf-Stufen-Plan muss zwingend medizinische und gesundheitswissenschaftliche Faktoren sowie wirtschaftliche und soziale Folgen berücksichtigen. Ich erinnere daran: Wir GRÜNE haben für Bayern bereits am 15. Mai 2020 eine beim Landtag angesiedelte Corona-Kommission beantragt, um den Sachverstand von außen zu

nutzen und für die Menschen hier im Land erlebbar zu machen. Diese Corona-Kommission wurde mehrheitlich abgelehnt. Eine solche Kommission könnte aber bereits heute gute Dienste leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mit einem solchen Stufenplan den Kontrollverlust verhindern und die Dynamik des Infektionsgeschehens durchbrechen. Schnelltests müssen zielgerichtet und großflächig eingesetzt, digitale Möglichkeiten besser genutzt werden. Wir brauchen eine Informations- und Aufklärungsoffensive, die zielgruppenspezifisch, mehrsprachig und barrierefrei ist. Für die Akzeptanz der Regeln muss mehr geworben, über Verbreitungswege und Gefahren aufgeklärt werden. Wenn sich nur knapp 50 % der Menschen unseres Landes gut über die Maßnahmen der Corona-Pandemie informiert fühlen und die Akzeptanz für viele Maßnahmen seit dem Frühjahr beständig sinkt, dann muss uns das alarmieren und zum Handeln auffordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen:

Erstens. Wir GRÜNE wollen ein bundesweit einheitliches, verbindliches Regelwerk, das differenziert nach Infektionsgeschehen und nach Regionen klare Vorgaben gibt und von der zu bildenden bayerischen Corona-Kommission auf den Freistaat heruntergebrochen wird.

Zweitens. Wir wollen dazu den Sachverstand von außen nutzen. Wir wollen den Sachverstand aus der Wissenschaft in unsere Überlegungen einfließen lassen.

Drittens. Wir brauchen eine Informations- und Aufklärungskampagne. Wir müssen auf die Menschen zugehen, um die Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen zu erhöhen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Sorgen und Nöte, aber auch den Unmut der Menschen unseres Landes sehr ernst nehmen. Wir müssen den Menschen Zuversicht geben, dass ein Leben in den nächsten Wochen und Monaten auch unter

Pandemiebedingungen ein gutes Leben sein kann, und dass wir alle irgendwann – hoffentlich bald! – wieder das Leben führen können, das wir vor Ausbruch der Pandemie geführt haben. Ein guter Plan kann hierbei sehr hilfreich sein. Deswegen sage ich: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mistol. – Ich darf als nächsten Redner Herrn Andreas Winhart von der AfD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach diversen Medienumfragen zeigt ein Drittel der Befragten Bereitschaft zur Impfung, ein Drittel der Befragten nimmt eine abwartende Haltung ein und ein Drittel der Befragten lehnt eine Impfung gegen das aktuelle Coronavirus völlig ab. Eine Gesellschaft könnte nicht viel gespaltener sein.

Es ist festzuhalten, dass zwei Drittel der befragten bayerischen Bürger Vorbehalte gegen die Impfung haben. Die einen lehnen diese aus diversen Gründen kategorisch ab; die anderen wollen nicht zu Versuchskaninchen degradiert werden und warten ab, ob Impfschäden zu befürchten sind. Auch bei dem Drittel der sogenannten Befürworter der Impfung ist anzunehmen, dass auch hier teilweise Bedenken bestehen.

So fürchtet man beispielsweise als Arzt oder Pflegekraft um den Verlust des Arbeitsplatzes, wenn man dem Druck von oben zur Impfung nicht nachgibt. Gleiches gilt für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die Repressalien befürchten, wenn sie den Empfehlungen des Dienstherrn nicht folgen wollen. Andere befürchten, durch diesen indirekten Impfzwang ihren Laden, ihre Gastronomie oder ihre freiberufliche Tätigkeit nicht mehr ausüben zu können, und stimmen deshalb zähneknirschend einer Impfung zu. Wieder andere haben die zahlreichen Repressalien durch die Corona-

Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung schlichtweg satt und willigen, vielleicht auch aus Unwissenheit über die Nebenwirkungen, lieber in die angeblich so freiwilligen Impfungen ein, um endlich wieder mehr Freiheiten zu haben, auf die regelmäßigen PCR-Tests als Pendler verzichten, reisen oder ins Kino gehen zu können und vielleicht auch, um die lästige Maske loszuwerden.

Fakt ist: Die Impfstoffe, die in Deutschland und in Bayern auf mRNA-Basis zum Einsatz kommen sollen, bergen Gefahren. Dies mag der ein oder andere mit niveaufreien Sprüchen wie "Wer hat schon Angst vor einer Spritze?" abtun oder mit ähnlichen geistigen Ergüssen. Es werden aber Erinnerungen an die 50er- und 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts bei denjenigen wach, die diese Zeit noch miterleben durften oder darüber gelesen haben. Damals erschütterte die Contergan-Affäre die junge Bundesrepublik.

(Unruhe)

Das Arzneimittel Contergan mit dem Wirkstoff Thalidomid wurde 1954 von Forschern der Firma Grünenthal entwickelt. Es bekam 1956, nach rund zwei Jahren, eine Zulassung. Ich betone noch einmal: Die Zulassung erfolgte nach rund zwei Jahren, nicht nach zwei Wochen! Das Arzneimittel wurde als "sanft wirksam" millionenfach verkauft. Es wurde millionenfach eingenommen, ohne dass Folgeschäden auftraten. Trotzdem gab es einige tausend Fälle, in denen das Erbgut massiv geschädigt wurde. Sogenannte Contergan-Kinder leiden bis heute unter den irreversiblen Folgen. Sie haben keine Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und auf körperliche Unversehrtheit.

Die Bundesrepublik hat in Sachen Arzneimittelsicherheit hier massiv dazugelernt. Es ist vollkommen richtig, die Bürger vor unzureichend getesteten Medikamenten und Impfstoffen zu schützen. Doch dieser gesellschaftliche Konsens wird nun aufgebrochen, in dem man der bayerischen Bevölkerung einen in einem Eilverfahren entwickelten Impfstoff mittels Notfallzulassung unter politischem Druck millionenfach aufzwingen will.

Die AfD spricht sich daher heute in ihrem Dringlichkeitsantrag klar gegen das überhastete Vorgehen in der Impfstrategie der Bayerischen Staatsregierung aus, sofern hier überhaupt von einer "Strategie" gesprochen werden kann. Vielmehr wird der Eindruck eines hysterischen und übereilten Aktionismus erweckt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir wollen ein Moratorium von mindestens einem Jahr, wenn nötig noch länger, um sicherzustellen, dass gerade die Nebenwirkungen und Folgeschäden nicht millionenfach oder auch nur in Einzelfällen auftreten.

(Unruhe)

Langzeitschäden lassen sich nicht nach wenigen Tagen feststellen. Das sollte die Staatsregierung zur Kenntnis nehmen. Viele Nebenwirkungen und Folgeschäden sind zu befürchten. Nicht wir haben die frei erfunden, sondern das stammt von der Regierung des Vereinigten Königreichs.

Bevor man den, in wenigen Monaten entwickelten Impfstoff nun mit gewissem Druck und Zwang auf die Bevölkerung loslässt, möchten wir vorab folgende Fragen in Bezug auf den Impfstoff geklärt wissen:

Erstens. Können geimpfte Personen nicht den SARS-CoV-2-Virus weiterhin auf andere Menschen übertragen? Wenn dem so wäre, dann hätte die ganze Impfung keinen Sinn.

Zweitens. Ist zu befürchten, dass die Impfstoffe aufgrund einer Immunreaktion zu Unfruchtbarkeit führen?

Drittens. Führt die Verabreichung des Impfstoffs bei schwangeren Frauen zu Immunreaktionen? Hier denke ich besonders an schwangere Frauen in den ersten Schwangerschaftswochen, die vielleicht noch nicht von der Schwangerschaft wissen, und weniger an Schwangere im siebten, achten oder neunten Monat.

(Unruhe)

Viertens. Kann der Impfstoff durch die Muttermilch schädigend für Neugeborene sein?

Fünftens. Vertragen Personen der Risikogruppen, die es gerade zu schützen gilt, diesen Impfstoff überhaupt? – Ich denke hierbei an Menschen der älteren Generation.

Sechstens. Wie verhält es sich bei Jugendlichen und Kindern unter 16 Jahren?

Siebtens. Was ist mit Menschen mit Autoimmunerkrankungen?

Achtens. Was passiert, wenn der Impfstoff Autoimmunerkrankungen auslöst?

Neuntens. Wie hoch ist die Sterblichkeit in den Risikogruppen in Bezug auf die Impfung?

Wir fordern ein Moratorium, einen Aufschub, um diese offenen Fragen zum Schutz und zum Wohl der bayerischen Bevölkerung zu klären.

Ein weiterer Punkt, den wir alle nicht aus den Augen verlieren sollten, ist die Tatsache, dass der öffentliche Druck auf bestimmte Gruppen und die Bevölkerung im Allgemeinen gerade Impfskepsis hervorruft. Die Expertenanhörung zum Thema Impfen im Oktober 2019, damals unter dem Blickwinkel der Masernimpfung – die Herren und Damen aus dem Gesundheitsausschuss werden sich wahrscheinlich erinnern –, hat ergeben: Je höher die Freiwilligkeit ist, desto höher ist auch die Impfrate. Die Bereitschaft zu einer Impfung ist immer dann höher, wenn auch deren langfristiger Erfolg aufgezeigt werden kann. Druck und Zwang helfen nicht; diese führen nämlich zu Impfverweigerung, so die Experten damals.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Geben wir uns die Zeit, rüsten wir verbal ab – auch Sie, Herr Mehring –

(Zuruf – Heiterkeit)

und sprechen wir nicht mehr die ganze Zeit über Todeszahlen. Lassen Sie uns die Panik aus der Gesellschaft nehmen, und lassen Sie uns vor allem keine Impfexperimente mit unserer Bevölkerung machen.

Ich komme kurz zu den Dringlichkeitsanträgen der anderen Fraktionen. Der Antrag der Regierungskoalition von CSU und ihrem irgendwie aus Mehrheitsgründen vorhandenen Anhang stellt zunächst fest, "dass es trotz der bisher ergriffenen Maßnahmen nicht zu einem spürbaren, landesweiten Rückgang der Infektionszahlen kommt." Das ist eine richtige Feststellung, die aber Ihren Antrag leider nicht zustimmungsfähig macht; denn der Rest des Antragstextes ist nichts anderes als die unkritische Übernahme der von der Regierung bereits am Sonntag verkündeten Maßnahmen, welche bekanntlich in der Bevölkerung für großen Unmut gesorgt haben. Sie haben die Chance zum Nachbessern verpasst. Sie sind zum Klatsch- und Jubelverein Ihres Ministerpräsidenten geworden. Auch die kritische Stimme eines Hubert Aiwanger sucht man in den Anträgen vergeblich.

Der Antrag der Fraktion der GRÜNEN weist dreimal den Punkt "Erstens" auf. Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie erkennen, dass ich Ihren Antrag gelesen habe. Ich erkenne, dass Ihr Antrag nicht die Aufmerksamkeit erfahren hat, die das Thema Corona und die Lage in unserem Land verdient hätten.

Der heutige Dringlichkeitsantrag der FDP bietet ebenfalls nichts anderes als leichte Modifikationen der Maßnahmen der Regierung Söder. Man will ein bisschen regierungsfähig werden und doch ein bisschen etwas Eigenes einbringen. Insgesamt ist der Dringlichkeitsantrag unserer Meinung nach zu unkritisch, um der jetzt angeschlagenen Wirtschaft in Bayern wieder auf die Beine zu helfen. Daher lehnen wir diesen Antrag ebenfalls ab.

Der Antrag der SPD beschäftigt sich mit dem Schutz von Risikopatienten und den Besuchern in Alten- und Pflegeheimen. Wie beim Ansatz der AfD und ihrem 20-Punkte-Programm zur Corona-Krise wird hier der Schutz von Risikogruppen forciert und

gleichzeitig die Wahrung der Humanität hochgehalten – mit dem Ziel, es gerade zu Weihnachten zu ermöglichen, dass ältere Personen in Pflegeheimen Besuch bekommen und die Vereinsamung der älteren Generation in diesen Heimen beendet wird.

Wir haben allerdings einen Kritikpunkt, und das ist der PCR-Test in Punkt 2. Aus unserer Sicht macht es deutlich mehr Sinn, Antigen-Schnelltests einzusetzen, um rasch ein Ergebnis zu erhalten. Man geht in das Altenheim, macht den Test, nach 10 Minuten weiß man Bescheid und muss nicht 48 Stunden auf das Testergebnis warten. Wir wissen ja, dass die Ergebnisse der PCR-Tests lange auf sich warten lassen. Das liegt auch an diesen "Jedermann-Tests", die zurzeit für alles und jeden durchgeführt werden. Hätten wir diese Kapazitäten frei, ginge es vielleicht schneller. Deswegen halten wir diesen Punkt für nicht praktikabel und lehnen diesen Antrag zwar nicht ab, werden uns aber der Stimme enthalten.

Meine Damen und Herren, mit der nächste Woche beginnenden Impfung mit einem neuartigen mRNA-Impfstoff, welcher im absoluten Eilverfahren entwickelt und ansatzweise getestet wurde, besteht die Gefahr, dass Bayerns Bürgerinnen und Bürgern irreparabler Schaden zugefügt wird. Es muss nicht passieren – das sage ich hier auch ganz deutlich –, aber es kann passieren. Wir sehen gerade in dem jetzigen übereilten Verfahren noch weiteren Klärungsbedarf, weshalb wir den Beginn von wirklich freiwilligen Impfmaßnahmen durch dieses Moratorium verschieben wollen. Wir bitten aus Sorge um die Gesundheit der bayerischen Bevölkerung um die Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter Winhart. Ich bitte Sie, am Rednerpult zu bleiben. – Es gibt gleich drei Zwischenbemerkungen. Die erste macht die Kollegin Tanja Schorer-Dremel. Bitte schön, Frau Schorer-Dremel. Sie haben das Wort.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank. Herr Kollege, irreparabler Schaden entsteht durch Nichtwissen. Wenn ich Sie richtig verstanden haben, nehmen Sie aus Verantwortungslosigkeit und politischem Kalkül ein Jahr länger Tote in Kauf. Ist Ihnen denn bekannt, dass die Impfungen frühestens am 29.12. beginnen können, da dann die Zulassungsphase beginnt? Ist Ihnen bekannt, dass mRNA seit 25 Jahren auf der ganzen Welt erforscht ist? Ist Ihnen bekannt, dass dieselbe Methode, mit der der mRNA-Impfstoff arbeitet, auch bei einer Schnupfenerkrankung zum Einsatz kommt?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Werte Kollegin, mir ist einiges bekannt, weil ich mich mit dem Thema natürlich auch auseinandersetze. Machen Sie sich da keine Sorgen. Aber ich sage Ihnen auch ganz offen und ehrlich: Wenn Sie jetzt hier schon wieder anfangen, von Todeszahlen zu sprechen, und diese gleiche Panik befördern wie der Herr Ministerpräsident, dann finde ich das nicht sachlich. Sie versuchen, die ganze Debatte zu emotionalisieren. Wir brauchen uns nicht mehr darüber zu unterhalten, wann mRNA-Impfstoffe entwickelt wurden, wie sie verabreicht werden oder wie das Ganze vor sich geht. Frau Kollegin, vielmehr muss man da mal den Finger in die Wunde legen und mit einer sachlichen Debatte anfangen.

Wenn hier auf der einen Seite der AfD vorgeworfen wird, dass sie vielleicht Tote in Kauf nimmt, muss ich auf der anderen Seite fragen: Wie kümmern Sie sich um die Leute, die jetzt einen Impfschaden bekommen? Was machen Sie mit denen? Wie ist denn die Frau Staatsministerin letzte Woche der Frage vom Kollegen Stadler nach der Haftung ausgewichen? – Sie können und wollen keine Antwort geben. Wir geben die Antwort, Frau Kollegin. So schaut es aus.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Die nächste Frage kommt von Herrn Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Winhart, mich würde interessieren, ob Sie die Ergebnisse der Studien der Phase I bis III zum mRNA-Impfstoff kennen. Wollen Sie bei anderen nachfolgenden Impfstoffen ebenfalls ein Jahr warten? – Hinsichtlich Ihrer Aussage zur frühen Schwangerschaft möchte ich fragen: Ist Ihnen bekannt, dass zum Beispiel ein Grippeimpfstoff im ersten Trimenon gar nicht verimpft wird? – Ich denke daher, dass Schwangere bei Impfungen mit dem mRNA-Impfstoff entweder während der gesamten Schwangerschaft, aber vor allem während des ersten Trimenons auf jeden Fall ausgespart bleiben werden. Das wiederum bedeutet, dass Ihre die Schwangeren betreffenden Einlassungen völlig hinfällig sind.

Andreas Winhart (AfD): Ich habe mich auf die Aussagen der Regierung des Vereinigten Königreiches bezogen, die eine Warnung oder Mitteilung an ihre Health-Care-Leistenden herausgegeben hat. Mir ist durchaus klar, dass man in vielen Fällen die Impfstoffe vorab testet. Wir haben da eine lange Testzeit. Wir haben eine lange Erprobungsphase, bis ein Impfstoff auf den Markt kommt, wie man so schön sagt. Bei dem Corona-Impfstoff haben wir jetzt eine andere Voraussetzung. Hier wird mit Druck auf die Bevölkerung gearbeitet. Hier wird versucht, möglichst viele Leute schnell zur Impfung zu bringen. Der entscheidende Unterschied ist, dass man bei einem Moratorium von einem Jahr oder länger, bis diese offenen Fragen geklärt sind, nicht diesen Druck hätte und allmählich sähe, dass die Impfung wirkt, bis die offenen Fragen geklärt sind, und das wird mindestens ein Jahr dauern

(Zuruf)

– Herr Kollege, das wird mindestens ein Jahr dauern, da können Sie jetzt herumschreien, wie Sie wollen. Dann haben wir mehr Klarheit. Ich habe auch geschrieben: Wenn es länger dauert, dauert es länger, Herr Dr. Spitzer. So ist es halt einfach.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Gut. Vielen Dank. – Dann kommt die dritte Frage von Herrn Kollegen Häusler von den FREIEN WÄHLERN. Herr Häusler, bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Winhart, ich habe drei kurze Fragen an Sie. Erste Frage: Wer hat Ihnen überhaupt den Unsinn aufgeschrieben, den Sie da vorgetragen haben?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Frage: Woher nehmen Sie die Expertise, um sich zu dieser Impfung so detailliert zu äußern? Glauben Sie, dass die Virologen, die sich jahrelang wissenschaftlich damit befasst haben, keine Fachkenntnisse haben? – Dritte Frage: Glauben Sie nicht, dass es manchmal sinnvoller wäre, nichts zu sagen, als so einen Unsinn zu erzählen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Andreas Winhart (AfD): An der Einfärbung Ihrer Fragen merkt man, dass Sie die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung einfach nicht mehr wahrnehmen. Sie sind in der Regierungskoalition angekommen.

(Beifall bei der AfD)

Da will man dem Obermufti auch gefallen, das ist mir vollkommen klar. Es gibt trotzdem gute Gründe. Wenn die Regierung des Vereinigten Königreiches Warnungen ausspricht – und viele andere machen das auch –, dann sollte man diese Warnungen meiner Meinung nach ernst nehmen. Wenn Sie die nicht ernst nehmen wollen, dann finde ich das sehr bedauerlich und auch sehr bedenklich, das muss ich ganz ehrlich sagen. Was ist denn Schlimmes dabei zu sagen: "Ja, wir schützen unsere Bevölkerung"? – Ich glaube, das liegt im allgemeinen Interesse.

(Unruhe)

Wir haben Erfahrungen aus der Vergangenheit. Diese Erfahrungen aus der Vergangenheit haben uns gesagt: Ja, es kann auch einmal etwas schiefgehen. Es ist auch schon etwas schiefgegangen. Hier kann man sich meiner Meinung nach guten Gewissens hinstellen und sagen: Wir passen auf, dass unserer Bevölkerung nichts passiert.

– Das ist besser, als überhastet und übereilt irgendwelche Sachen in den Raum zu werfen, die vielleicht noch viel schlimmere Folgen haben als das, was man sich im Moment vorstellen kann.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen. – Damit komme ich zur nächsten Rednerin: Frau Abgeordnete Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion. Frau Waldmann, bitte schön. – An der Stelle möchte ich mich erneut bei unseren Offiziantinnen und Offizianten dafür bedanken, dass sie sich so sorgfältig um die Hygiene im Haus bemühen.

(Allgemeiner Beifall)

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus! Mit der heutigen Regierungserklärung wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, der Landtag stimme heute über die Maßnahmen ab. Man muss es noch einmal deutlich sagen: Dem ist nicht so. Die heutige Aussprache bietet zwar immerhin die Gelegenheit zur Debatte, aber nach wie vor darf das Parlament keine wirksamen Beschlüsse über die Verordnungen fassen. Das ist eine optische Täuschung, denn leider haben Sie unseren Gesetzentwurf für eine echte Parlamentsbeteiligung abgewiesen.

(Beifall bei der SPD)

Heute können wir nur über die Dringlichkeitsanträge abstimmen, die jetzt aufgerufen sind. Sie, die Regierungsfraktionen, beantragen, den gesamten Maßnahmenkatalog zu begrüßen und abzunicken. So bleibt uns also nur, die Dinge einzeln zu bewerten und vor allem daran zu messen, was wirklich wirkt und hilft, um dieses Virus einzudämmen.

Da sind durchaus sinnvolle Sachen dabei, beispielsweise der Übergang zum Wechselunterricht. Es ist auch gut, dass Sie, wie ich das in meinen letzten Redebeiträgen

immer wieder gefordert habe, Klarheit bei den Gottesdiensten geschaffen haben. Es ist auch richtig, den Katastrophenfall zu benennen, weil der vor allem organisatorische Möglichkeiten bietet.

Bei den Regelungen für Weihnachten weise ich aber noch einmal darauf hin, dass es auf die Begrenzung der Haushalte ankommt und nicht zusätzlich auf die der Personen. Wenn man nämlich in einem Haushalt unter einem Dach lebt, dann sind mit größter Wahrscheinlichkeit entweder alle gesund oder alle infiziert. Noch seltsamer wird es durch die Regelung mit den Kindern bis 14 Jahren, die nicht dazugezählt werden, die aber ab dem 15. Geburtstag zählen sollen. Ich will auch noch einmal die Botschaft senden, dass es nicht sinnvoll ist, wenn man am Heiligen Abend nur einen Teil der Angehörigen trifft, am Ersten Weihnachtsfeiertag einen anderen Teil und am Zweiten Weihnachtsfeiertag dann den dritten Teil. Das ist dann nämlich nicht viel besser, als wenn man alle auf einmal trifft. Das muss man den Leuten für ihre Weihnachtsplanung einfach noch einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Uns geht es heute vor allem um die Bewohnerinnen und Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtungen. Da besteht leider das Problem, dass sie von Anfang an nicht ausreichend im Fokus der staatlichen Maßnahmen gegen das Virus gestanden haben. Ich fordere seit Februar, die Heime mit Schutzmaterial und Tests zu unterstützen. Es darf doch nicht wahr sein, dass wir jetzt, nach zehn Monaten, immer noch darüber reden müssen, wie das mit den Tests in den Heimen eigentlich genau gemacht werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Die Maßnahmen, die Sie vorschlagen, sind nicht präzise genug, und sie gehen auch nicht weit genug. Vor allem aber lassen Sie die Verantwortlichen vor Ort in einer schwierigen Situation allein. Bei den Tests für Besucher bleibt bei Ihnen unklar, wie alt der Test höchstens sein darf, wer das zu überprüfen hat, wer dafür haftet, wenn ein

falsches, ein altes oder vielleicht sogar ein gefälschtes Testergebnis vorgelegt wird. Wer haftet dafür? Ist das die Einrichtung? Wer haftet dafür, wenn es trotz eines negativen Testergebnisses zu Infektionen kommt?

Ebenso ungeklärt ist, wie und von wem die verpflichtenden Tests für die Beschäftigten durchgeführt werden sollen und wer sie bezahlt. Sollen die Tests von den Beschäftigten selbst durchgeführt werden, von den zuständigen Gesundheitsämtern oder von den mobilen Testteams, die an die kommunalen Testzentren angedockt sind? Stellt die Staatsregierung die Tests zur Verfügung, oder können sie über die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns abgerechnet werden? Gilt das auch für Tests, die die nicht von ärztlichem Personal durchgeführt werden? Soll es sich um PCR- oder um Schnelltests handeln? Auch das bleibt bei Ihnen offen. Wenn die Bewohnerinnen und Bewohner oder die Patientinnen und Patienten pro Besucher und Tag – und das heißt für die Besucher, einmal in der Woche – eine FFP2-Maske bekommen dürfen, wie kommen die Besucher dann an den anderen Tagen an diese Masken?

Dabei will ich noch auf etwas anderes hinweisen. Ich habe nämlich ganz aktuell aus Niederbayern gehört, dass an die Schulen nicht zertifizierte Masken ausgeliefert worden sind.

(Unruhe)

Man muss dafür kein Experte sein: Das hier ist eine FFP2-Maske. Sie ist nach unseren Kriterien nur dann zertifiziert, wenn sie dieses CE-Zeichen hat und sich daran unmittelbar diese vier Prüfziffern anschließen.

(Unruhe)

Es gibt auch welche, auf die nur CE oder sonst etwas gedruckt ist, die sind aber nicht echt. Die Ware ist massenhaft als Billigmaterial aus China oder sonst woher importiert worden. So etwas muss aber doch die Staatsregierung bzw. das müssen unsere Behörden erkennen, bevor diese Masken ausgeliefert werden.

(Beifall bei der SPD)

Es darf doch nicht wahr sein, dass hier unzureichend getestetes Material ausgeliefert wird. Das darf nicht an die Schulen geliefert werden und bitte auf gar keinen Fall an die Alten- und Pflegeheime, wo das noch einmal viel gefährlicher wäre.

Die massenhafte Durchführung von Corona-Tests ist auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Einrichtungen nicht ohne Weiteres zuzumuten, weil sie vielerorts bereits am Limit arbeiten. Sie müssen vielmehr unterstützt werden, anstatt ihnen noch weitere Pflichten aufzuerlegen. Deshalb noch einmal: Die vorhandenen Testkapazitäten sinnvoll nutzen; prioritäre Testung von Personal, von Bewohnerinnen und Bewohnern. Die Besucher sollen nicht unbedingt auch noch vom Pflegepersonal getestet werden müssen, wenn dieses das nicht mehr schafft. Stattdessen sind Kapazitäten in den regionalen Testzentren zu schaffen.

Im Übrigen muss auch bei den Hausärzten Klarheit geschaffen werden. Es ist nämlich oft so, dass Leute, die ihre Angehörigen besuchen wollen, einen Test machen wollen. Sie werden aber vom Hausarzt abgewiesen, weil der sagt: Ich teste nur bei konkreten Verdachtsfällen oder wenn Symptome vorliegen. – Da muss klargestellt werden, dass die Besucher auch zu den Priorisierten gehören und dass diese Tests tatsächlich gemacht werden sollen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu haben wir Ihnen eine ganze Reihe von Vorschlägen vorgelegt. Für jeden Besuch sollte eine frische, und zwar eine zertifizierte FFP2-Maske bereitstehen. Bei den Tests muss klar sein, dass sie nicht älter als 48 Stunden sein dürfen. Und ja, es sollten PCR-Tests sein, Herr Kollege, weil die einfach sicherer sind. Mit einem Schnelltest kann man vielleicht vorantesten, am Ende wissen wir aber nur mit einem PCR-Test wirklich sicher, woran wir sind.

Was noch zu den anderen Dringlichkeitsanträgen zu sagen ist: Sie von der AfD wollen also, dass die Impfungen um ein ganzes Jahr verschoben werden. Das ist ja nun wirklich eine tolle Wurst. Vor allem finde ich Ihre Begründung interessant. Sie verlangen wissenschaftliche Nachweise. Wozu denn? – Sie nehmen diese sowieso nicht zur Kenntnis. Die wissenschaftlichen Nachweise sind schließlich da, doch Sie wollen sie nicht zur Kenntnis nehmen. Deshalb verstehe ich das nun gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Der Antrag der FDP entspricht weitgehend unseren Forderungen, allerdings mit zwei Ausnahmen. Das sind die Massentests, die wir so nicht für sinnvoll halten, und wir wollen keine Beschränkungen für den kleinen Grenzverkehr unter den derzeitigen Umständen aufheben. Da halten wir das, was in dem Maßnahmenbündel drin ist, tatsächlich für sinnvoller.

Etwas ratlos lässt mich der Antrag der GRÜNEN zurück. Sie fordern einen Fünf-Stufen-Plan, den andere entwickeln sollen, den es aber noch nicht gibt. Beziehungsweise soll den eine Kommission des Bayerischen Landtags nach bundeseinheitlichen Kriterien entwickeln. Ich habe nachgeschaut. Da steht, die Staatsregierung soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass ein Fünf-Stufen-Plan kommt. Der soll durch eine Corona-Kommission des Bayerischen Landtags erarbeitet werden, die es aber noch gar nicht gibt.

(Unruhe)

Woher wissen Sie denn jetzt eigentlich, wenn es den Plan noch gar nicht gibt, dass es ein Fünf-Stufen-Plan sein wird? – Sie fordern wörtlich, das Modell eines Fünf-Stufen-Plans befristet umzusetzen. Das Modell eines Plans soll also befristet umgesetzt werden, obwohl Sie vorher gesagt haben, es soll endlich eine langfristige Strategie sein. Ehrlich gesagt, lässt mich das alles etwas verwirrt zurück. Wir kennen weder diesen Plan, noch kennen wir das Modell des Plans, das hier umgesetzt werden soll. Ich weiß deshalb nicht so recht, worauf Sie an dieser Stelle hinauswollen. Sie nennen allge-

mein fünf Stufen, in denen Maßnahmen schrittweise verschärft werden sollen. Sie nennen sie aber nicht konkret. Welche Maßnahmen, wann und für wen? – Hier bitte Butter bei die Fische, darum können Sie sich dann aber auch nicht drücken.

(Beifall bei der SPD)

Im letzten Spiegelstrich fordern Sie, die Kommunikation zu verbessern. Das ist allemal richtig. Es ist sinnvoll, hier für Aufklärung zu sorgen, obwohl wir wissen, dass Ministerpräsident Söder es in der Regel ganz gut versteht, ausreichend Aufmerksamkeit für das zu erzeugen, was er vorschlägt und einbringt. In der Tat, was die Aufklärung angeht, kann die Kommunikation tatsächlich besser werden.Bei den anderen Punkten bin ich ein bisschen ratlos, was genau gemeint ist. Deswegen müssen wir uns an dieser Stelle leider enthalten.

Noch mal, es geht jetzt darum: Wenn man weitreichende Maßnahmen ergreift, dann muss man klar zeigen können, dass man vorher seine Hausaufgaben gemacht hat. Wir wissen alle: Am schwierigsten und gefährlichsten ist die Situation in den Alten- und Pflegeheimen. Hier müssen wir vor allem Unterstützung und Entlastung bieten. Das gilt auch für die Kliniken. Da wissen wir noch nicht, wie es aussieht. – Weil vorher von den Intensivkapazitäten die Rede war: Wenn der Katastrophenfall ausgerufen wird, ist es organisatorisch leichter, zum Beispiel Corona-Stationen aufzumachen und dadurch andere Stationen zu entlasten und vor allem die Intensivkapazitäten zu stärken.

Wir bitten Sie, unseren Vorschlägen erneut, diesmal vielleicht etwas schneller, zuzustimmen und sich mit unseren Vorschlägen konstruktiv auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Spitzer. Bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrte Frau Waldmann, Sie fordern in Ihrem Antrag als Zugangsberechtigung für Alten- und Pflegeheime einen PCR-Test, der nicht älter als 48 Stunden ist. Lassen Sie es mich mal plastisch darstellen: Anruf aus dem Pflegeheim, aus der Pflegeeinrichtung: Frau Meier, Ihrer Mutter geht es seit heute Morgen nicht gut. Sie fragt nach Ihnen. Kommen Sie doch bitte vorbei! – Wie wollen Sie das bewerkstelligen ohne ein Vorhandensein des Instruments des Schnelltests? Wenn Sie Ihren Antrag entsprechend korrigieren und diese Schnelltests mit aufnehmen, sind wir von der FDP-Fraktion bereit, dem zuzustimmen; denn ansonsten ist es ein sehr gut gelungener Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): In der Tat ist es so, dass die Schnelltests als eine Ergänzung sinnvoll sein können, vor allem wenn es schnell gehen muss. Das ist wohl richtig. Aber es bleibt dabei, dass nur ein PCR-Test wirklich sicher ist. Ich würde die Schnelltests zur Ergänzung mit aufnehmen wollen. Aber wichtig ist, dass wir die PCR-Tests schneller hinbekommen würden, wenn wir die priorisierte Testung so hätten, wie wir sie die ganze Zeit schon immer wieder vorschlagen und einbringen – das tun Sie genauso wie wir auch –, und die Kapazitäten dort hernehmen würden, wo sie dringend für die Tests gebraucht werden. Dazu gehören eindeutig auch die Besuche, weil das nicht einfach eine "nette Sache" ist, die Leute zu besuchen. Es geht darum, dass wir die Alten und Kranken und die Menschen mit Behinderung nicht wieder alleinlassen dürfen. Wenn wir die Kapazitäten stärker fokussieren, dann müsste es mit den PCR-Tests schneller gehen. Aber ich stimme Ihnen zu: Die Schnelltests sollten zur Ergänzung mit aufgenommen werden.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Herr Dr. Spitzer hat jetzt gleich das Wort. Ansonsten ist keine Zwischenbemerkung mehr gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Spitzer.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! In den letzten 24 Stunden wurden 14.054 neue Ansteckungen mit dem Coronavirus an das RKI gemeldet. Leider waren wieder 423 Todesfälle zu beklagen. Damit befinden wir uns weiter auf einem sehr hohen Niveau. Wieder einmal müssen wir die Maßnahmen den Gegebenheiten anpassen. Die Menschen wissen gar nicht, was sie perspektivisch erwartet und wie sie die Feiertage planen sollen.

Die neuen Corona-Beschlüsse sind teils überfällig, teils überflüssig. Zu begrüßen ist vor allem der bessere Schutz von Alten- und Pflegeheimen. Aber auch weitere der von uns geforderten Maßnahmen haben Sie in Ihren neuerlichen Vorschlägen aufgegriffen, sei es das besondere Testkonzept oder die FFP2-Maskenpflicht für Besucher in Pflegeeinrichtungen, sei es die umgehende Aufstockung des Personals bei der Kontaktnachverfolgung durch die Bundeswehr oder die Digitalisierungsoffensive für die Gesundheitsämter. Alle diese Vorschläge sind von uns bereits in vergangenen Anträgen und Plenarreden vorgetragen worden. Gut, dass sie nun umgesetzt werden.

Allerdings stellt sich für uns immer noch die Frage, wie Sie die Pflegeeinrichtungen bei den Tests der Mitarbeiter und Besucher zu unterstützen gedenken. Wir haben dazu kleine, mobile Teams vorgeschlagen, die die präventiven Testungen übernehmen. Davon fehlt in Ihrem Beschlussvorschlag jede Spur. Auch bei der Digitalisierung der Gesundheitsämter ist uns unklar, was nun mit der Software BaySIM passiert. Handelt es sich dabei jetzt, wo flächendeckend das nationale SORMAS eingeführt werden soll, womöglich um Steuergeldverschwendung?

Auf die Frage eines Journalisten: "Was halten Sie von Massentests, Herr Söder, wie sie in der Slowakei, Südtirol und zuletzt auch in Österreich durchgeführt werden?", antworteten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident: Nein, wir glauben nicht daran, 13 Millionen Tests innerhalb von vier Tagen zu organisieren, wäre wenig sinnvoll. Sie sprachen von einem "kleinen Momentstatus". Sie sprachen von "Verschwendung von Tests" und wiesen auf begrenzte Testkapazitäten in Deutschland hin. – In der Debatte

verwechseln Sie und Ihre Regierungsmitglieder absichtlich oder aus Unwissenheit PCR-Tests und Antigen-Schnelltests,

(Beifall bei der FDP)

oder Sie gehen von bayernweiten Massentestungen aus, die niemand je gefordert hat. Wir fordern in bayerischen Hotspots freiwillige Massentests mit Antigen-Schnelltests, die keinerlei Einfluss auf die PCR-Testkapazitäten hätten. Dass ein bayernweiter Einsatz nicht notwendig ist, belegen auch die aktuellen Inzidenzwerte. Zu Ihrem Ablehnungsgrund, dass es nur ein kleiner Momentstatus wäre, lassen Sie mich folgende Äußerungen zitieren:

> Es ist uns gelungen, das hohe und diffuse Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen. […] Dass es der richtige Schritt war, zeige auch der R-Faktor, der von 1,4 schon unter 1 gefallen sei und aktuell, Stand Donnerstagnachmittag, sogar gegen 0,5 gehe. Dem Ziel, die Anzahl der Neuinfektionen pro Tag zu halbieren, komme man so immer näher, berichtete der Projektleiter von "Südtirol testet […]. Die 3.619 positiv Getesteten "hätten uns in Gefahr gebracht", da sie keine Symptome aufwiesen und sich somit ihrer Erkrankung nicht bewusst waren.

Das hätte bedeutet, dass eventuell Familienangehörige, Freunde, Arbeitskollegen usw. angesteckt worden wären. – Zu den Zahlen: In Südtirol wurden vor zwei Wochen 362.050 Personen getestet. Das sind zwei Drittel der Bevölkerung. Ich wiederhole noch einmal: Dabei wurden 3.619 verdeckte Corona-Infizierte gefunden. Das entspräche einer 7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohner von ungefähr 1.000! Eigentlich müsste man die zurückliegenden sechs Tage noch dazuzählen.

Ich glaube schon, dass uns hier ein gutes Instrument zur Pandemie-Bekämpfung zur Verfügung steht. Es liegt an Ihnen und der CSU-FREIE WÄHLER-Koalition, dieses zu nutzen ganz nach Ihrem Motto: "Testen, testen, testen".

(Beifall bei der FDP)

Ich darf Sie noch mal auffordern: Bitte führen Sie in den bayerischen Hotspots freiwillige Massentests via Antigen-Schnelltests durch. Mit dieser Maßnahme konnte die Zahl der Neuinfektionen in Südtirol um 66 % gesenkt werden. Genau diesen Erfolg brauchen wir auch in Bayern. Wenn das nicht vielversprechend klingt, dann weiß ich auch nicht!

Das ist sehr schade; denn gerne hätten wir Ihr Paket allumfassend mitgetragen. Da das aber nun nicht mehr möglich ist, haben wir einen eigenen Antrag verfasst. Diesen haben wir passend zur Adventszeit streng nach den Worten der Bibel geschrieben; denn im 1. Brief an die Thessalonicher steht in Kapitel 5 Vers 21: "Prüft aber alles und das Gute behaltet."

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP)

Nur die konsequente Umsetzung der Maßnahmen und die eigenverantwortliche Mitwirkung der Bevölkerung können dafür sorgen, die Pandemie einzudämmen. Weitere Planlosigkeit ist kein guter Ratgeber.

Wir fordern daher weitergehend zu den vorgeschlagenen Maßnahmen: Beim Wechsel- bzw. Distanzunterricht ab der 8. Jahrgangsstufe muss ein qualitativ hochwertiger Fernunterricht sichergestellt werden, und die Klassenzimmer müssen mit Raumluftreinigern ausgestattet werden; Alten- und Pflegeheime sowie Behinderteneinrichtungen müssen insbesondere durch Schnelltests und FFP2-Masken als Zugangsvoraussetzung für Besucher und regelmäßige Tests für Beschäftigte besser geschützt werden.Bei der umgehenden bayernweiten Verwendung eines einheitlichen digitalen Programms durch die Gesundheitsämter müssen die Heime durch mobile Teams unterstützt werden. Ferner brauchen sie personelle Unterstützung durch Kräfte von Polizei und Bundeswehr zur vollständigen Kontaktnachverfolgung. Zudem müssen externe Dienstleister von der Staatsregierung zugelassen und finanziert werden. Darüber hinaus fordern wir Massentests mit Antigen-Schnelltests in Hotspots.

Als überflüssig lehnen wir Regelungen zu landesweiten Ausgangsbeschränkungen, zur erweiterten Ausgangssperre in Hotspots sowie zur Einreisequarantäne im kleinen Grenzverkehr ab.

In diesem Sinne freuen wir uns auf Ihre Zustimmung zu unserem Antrag. Bei dem Antrag der GRÜNEN werden wir uns enthalten, da er für uns zu kleinteilig ist, auch wenn wir in den Vorschlägen sehr viele gute Ideen sehen. Mir erschließt sich nicht, wenn Sie die einzelnen Stufen dieses Fünf-Stufen-Plans – 50, 100, 150, 200 – aufführen. Ich glaube nicht, dass das umsetzbar ist. Wir haben hier einen sehr schnelllebigen Ablauf. Daher werden wir uns dazu enthalten.

Dem SPD-Antrag in der geänderten Fassung werden wir sehr gerne zustimmen. Den Antrag der Regierungsfraktionen lehnen wir wegen der Ausgangsbeschränkungen und vor allem wegen der Ausgangssperre und der Einreisequarantäneregelungen ab.

Über den AfD-Antrag, der völlig weltfremd ist, ist natürlich ein negatives Urteil zu fällen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Dr. Spitzer. – Zwei Kollegen haben sich zu Zwischenbemerkungen gemeldet, zuerst der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion. Herr Bergmüller, bitte.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Spitzer, Sie sind einer der ganz wenigen Ärzte, wenn ich mich nicht täusche, sogar der einzige praktizierende Arzt hier im Landtag zurzeit. Mich würde einmal interessieren, wie Sie persönlich die täglichen Inzidenzwerte einschätzen. Ist das auch für Sie als Arzt und Fachmann der einzige Parameter, wie uns der Ministerpräsident immer wieder vorbetet? Oder sehen Sie auch, dass die Auslastung der Intensivbetten, die Zahl der tatsächlich Erkrankten, der R-Wert betrachtet werden sollten, wie es der Virologe Alexander Kekulé fordert? Er

steht nicht im Verdacht, ein Verschwörungstheoretiker zu sein, sondern er ist eine anerkannte Persönlichkeit.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Spitzer, bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Bergmüller, wir hatten auch schon in früheren Anträgen darauf gedrungen, dass nicht nur der 7-Tage-Inzidenzwert als Kriterium herangezogen wird. Wir haben gefordert, genau das aufzunehmen, was Sie gesagt haben, unter anderem die Auslastung der Intensivstationen, den R-Wert und weitere Punkte, um damit – das ist schon ein paar Wochen und Monate her – die Corona-Ampel zu steuern. Ich kann das Anliegen natürlich nur unterstützen, möglichst viele Punkte in einen aussagekräftigen Wert zusammenzuführen, um dann besser entscheiden zu können.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Johann Häusler von den FREIEN WÄHLERN gemeldet. – Herr Häusler, bitte schön.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Dr. Spitzer, ich bin davon überzeugt, dass Sie als Arzt diesbezüglich eine hohe Expertise haben. Sie haben das hier bisher auch immer sehr überzeugend vorgetragen.

Bis vor Kurzem war auch ich Ihrer Meinung, dass Schnelltests in Hotspots und insbesondere in Pflegeheimen, wie Sie es dargestellt haben, das Mittel der Wahl seien, um präventiv einwirken zu können und um Besuchsregelungen zu ermöglichen. Ich habe aber am 7. Dezember in der "Süddeutschen Zeitung" gelesen, dass diese Schnelltests kein Freifahrtschein sein können und ihr Einsatz sogar gefährlich sein kann. Ich habe daraufhin das Pettenkofer-Institut der LMU angeschrieben und einen schriftlichen Bericht dazu bekommen. Darin wird absolut davon abgeraten, Antigen-Schnelltests insbesondere in Heimen und Krankenhäusern einzusetzen. Warum? – Weil ihre diagnostische Sensitivität angeblich nur bei 30 bis 76 % liegt und weil es sehr gefährlich wäre,

wenn falsche Sicherheit suggeriert würde. Es wird dringend empfohlen, davon Abstand zu nehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Spitzer, bitte schön.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Häusler, in gewissem Umfang haben Sie recht. Der Antigen-Schnelltest ist einerseits extrem von der Durchführungsqualität abhängig. Das heißt, wir brauchen eine hohe Expertise, wenn wir gute Ergebnisse haben wollen.

Andererseits muss man sich bei den Schnelltests auf solche Tests berufen, die tatsächlich eine hohe Spezifität und eine hohe Sensitivität haben. Die Sensitivität ist schwerpunktmäßig bei den PCR-Tests sehr hoch. Leider ist sie bei den Antigen-Schnelltests etwas niedriger. Das bedeutet natürlich, dass der eine oder andere Test falsch-negativ zu Buche schlägt. Deshalb ist es so von Bedeutung, dass man diese Tests nicht in Bereichen einsetzt, die extrem gefährdet sind, das heißt, in Krankenhäusern. Aber für Massenschnelltests ist er sehr gut geeignet.

Jetzt können Sie fragen: Wie sieht es dann in Pflegeheimen aus? –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Spitzer, Ihre Redezeit.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): – Einen Satz noch. – In diesem Zusammenhang ist auch bei uns die FFP2-Maske on top, um diese Lücke zu schließen. Damit können Sie auch mit einem Antigen-Schnelltest eine sehr hohe Sicherheit garantieren.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Dr. Spitzer. – Nächster Redner, wenn das Mikrofon wieder präpariert ist, ist der Kollege Dr. Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wer bei knapp 500 Toten pro Tag vulnerablen Personen, die sich impfen lassen wollen, einen Impfstoff, der vorliegt, qua politischem

Moratorium für mindestens ein Jahr vorenthalten will, nimmt billigend den unnötigen Tod von 200.000 Menschen in unserem Land in Kauf. Das wäre nicht nur unpatriotisch, das wäre menschenverachtend, Herr Kollege Winhart.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, das übergeordnete Ziel der Corona-Politik von uns FREIEN WÄHLERN besteht darin, unser Land so schnell wie möglich, idealerweise bereits mit einem Impfstoff im Rücken, zu Beginn des neuen Kalenderjahres in die Lage zu versetzen, erste kontrollierte Schritte zurück in Richtung Freiheit, in Richtung Normalität zu gehen.

Wir wollen nicht, dass das neue Jahr genauso gebraucht beginnen muss, wie das alte aufgehört hat. Wir wollen nicht, dass sich Corona auch im ersten Halbjahr 2021 wie Mehltau über nahezu alle Bereiche unserer Lebenswirklichkeit legt; wir wollen nicht, dass sich Bayern in den nächsten Monaten sozusagen von Lockdown zu Lockdown bewegt. Deshalb muss die Frage, die wir uns heute stellen müssen, vom Ende her gedacht werden. Worüber wir uns heute zu unterhalten haben, ist nichts anderes als die Frage: Was müssen wir heute tun, wie müssen wir uns heute und in den nächsten Wochen verhalten, damit das möglich wird, damit es nicht weiter von Lockdown zu Lockdown geht, damit die Zahlen sinken und wieder erste Schritte kontrolliert und verantwortungsbewusst in Richtung Freiheit, in Richtung Normalität möglich werden?

Um eine qualifizierte Antwort auf diese Frage geben zu können, ist es zunächst einmal nötig, dass wir die Wirkungen des auf Bundesebene vereinbarten sanften Lockdowns betrachten. Wir müssen angesichts der Zahlen hier in Bayern, aber auch weit darüber hinaus, sehr nüchtern feststellen: Der Lockdown light, wie er heute gilt, wirkt zu wenig, er kostet zu viel, und er dauert zu lange. Obwohl wir uns bereits seit einigen Wochen, seit mehr als einem Monat in diesem Lockdown light befinden, laufen noch immer unsere Krankenhäuser voll, sterben immer noch pro Stunde mehrere Bayerinnen und Bayern an Corona, ist es uns noch immer nicht möglich, lieber Wirtschaftsminister Hu-

bert Aiwanger, Perspektiven aufzuzeigen für die bayerische Wirtschaft, für den Tourismus, für Kunst, für Kultur, für Sport, für all die Branchen, die derzeit coronabedingt darniederliegen.

Deshalb kann es kein "Weiter so" geben. Deshalb können wir nicht weitermachen wie bisher. Deshalb müssen wir uns auf das verständigen, was unser Fraktionsvorsitzender schon vor geraumer Zeit vorgeschlagen hat, nämlich dass ein kürzerer, tieferer Schrecken besser ist als ein Schrecken ohne Ende. Es ist sinnvoller, uns kurzzeitig, mit einem begrenzten Ende, stärker einzuschränken mit dem Ziel, dann wieder die Chance zu haben, die dringend nötigen Entwicklungsperspektiven aufzeigen zu können. Wenn es im Januar weitergehen soll, wenn Corona nicht auch das Jahr 2021 ruinieren soll, ist es nötig, dass wir jetzt entschlossen handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir unterstützen dieses entschlossene Handeln mit dem interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der beiden Regierungsfraktionen an dieser Stelle aber nicht, obwohl wir den bayerischen Wirtschaftsminister und den bayerischen Kultusminister stellen, nein, wir unterstützen dieses Vorgehen, weil wir den Bayerischen Wirtschaftsminister und den Bayerischen Kultusminister stellen. Da es diesbezüglich in der öffentlichen Wahrnehmung offenbar eine Schieflage gibt, nutze ich diese Gelegenheit, um einmal klarzulegen, wie das gemeint ist.

Eines unterscheidet unsere Situation im Dezember dieses Jahres, mitten in der zweiten Welle, signifikant von der Situation am Beginn der Pandemie, als Corona im März zum ersten Mal unsere bayerische Heimat überrollt hat. Der signifikante Unterschied besteht darin, dass es damals Sommer wurde und dass es jetzt Winter wird. Als wir uns zuletzt im Lockdown befanden, war klar, dass die Zahlen besser werden, unabhängig vom politischen Zutun, einzig und allein wegen des Sommer-Effekts. Heute ist klar: Tun wir nichts, machen wir weiter wie bisher, dann werden die Zahlen schlechter werden, schon deshalb, weil wir jetzt in den Winter hineinlaufen.

Deshalb war damals, zu Beginn des Jahres, die politische Gefechtslage klar. Als die Zahlen besser wurden, gab es einige, die sich Lockerungen wünschten. Das waren diejenigen, die stärker an die Kunst, die Kultur und den Sport dachten. Andere waren mit dem Thema Lockerungen vorsichtiger. Ihnen waren Umsicht und Vorsicht wichtiger im Hinblick auf die Ressourcen des Gesundheitswesens.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist das nicht mehr so einfach. Wer heute etwas für die Wirtschaft tun will, wer heute Kunst, Kultur und Sport eine Perspektive aufzeigen will, ist nicht wohl beraten, wenn er Lockerungen fordert. Im Gegenteil: Er ist wohl beraten, jetzt härtere Maßnahmen zu fordern, um dann die Chance zu haben, dass es im Januar wieder weitergehen kann, dass diese Branchen nicht die ganze erste Hälfte des nächsten Jahres darniederliegen. Mit anderen Worten: Wir führen den Lockdown, den wir jetzt weiter vertiefen, nicht gegen die Wirtschaft, nicht gegen die Schulen, nicht gegen die Kunst und die Kultur und auch nicht gegen den Sport durch, sondern wir führen ihn für all diese Branchen durch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Maßnahmen, die dazu gewählt werden, treffen nach den intensiven Verhandlungen des zurückliegenden Wochenendes auf das ausdrückliche Wohlwollen unserer Fraktion. Wir haben schon intensiv über viele Details diskutiert. Ich möchte nur knapp auf die zwei politischen Bereiche eingehen, für die wir FREIEN WÄHLER Spitzenverantwortung tragen dürfen, nämlich auf die Schule und die Wirtschaft. Ich bin fest davon überzeugt, dass für die Schulpolitik ein geeigneter Kompromiss gelungen ist. Die Schulen können dem Grunde nach weiterhin offen bleiben. Dabei wird aber auch den Anforderungen des Infektionsschutzes Genüge getan, indem wir entsprechende Einschränkungen beim Distanzunterricht und in den Hotspots auf den Weg bringen. Das ist die richtige Strategie. Wir verabschieden uns nicht vom "letzten Pfeiler" Schule, sondern beharren darauf, dass die Schulen offen bleiben, wie das Kultusminister Prof. Dr. Piazolo sagte. Wir haben aber entsprechende Einschränkungen. Das ist nach unserem Verständnis der richtige Weg.

Auch für die bayerische Wirtschaft haben wir den richtigen Weg vorgeschlagen. Wesentliche Teile der bayerischen Wirtschaft bleiben offen, auch wenn in der öffentlichen Wahrnehmung manchmal der gegenteilige Eindruck entstanden ist. Lieferketten werden nicht abreißen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden, anders als in anderen Ländern in Europa, weiter zur Arbeit gehen können. Wir haben uns darauf verständigt, all das, was für die Zeit zwischen den Jahren in Rede steht, nicht vorneweg durch einen bayerischen Alleingang auf den Weg zu bringen. Da wären nämlich die Nebenwirkungen für Bayern groß. Die Wirkungen würden aber überschaubar bleiben, weil andernorts in Deutschland etwas anderes gilt.

Wir haben uns für den Kompromiss entschieden, zu versuchen, die anderen deutschen Länder für diese Maßnahmen zu gewinnen und zu einer Gemeinschaftslösung zu kommen. Wir setzen weiterhin auf eine offene Wirtschaft und auf offene Schulen, verschärfen aber die Maßnahmen, sodass das Corona-Trauma nicht dauerhaft steht. Jetzt müssen die Zahlen sinken, damit es im Januar wieder richtig losgehen kann. Das wäre für Bayern ein Startvorteil im Wettbewerb mit anderen Ländern und anderen Nationalstaaten. Wir hätten dann eine bessere Ausgangsposition und könnten besser aus den Startblöcken kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin fest davon überzeugt, dass der bayerische Weg, den wir aufgezeigt haben, der richtige ist. Darüber hinaus bin ich davon überzeugt, dass dieser Weg Nachahmer finden wird. Ich bin mir sehr sicher, dass es sich so verhalten wird wie am Beginn dieses Jahres. Darauf darf dann auch der Bayerische Landtag über die Fraktionsgrenzen hinweg stolz sein. Ich gehe sehr davon aus, dass die anderen Bundesländer dem bayerischen Beispiel, das wir heute auf den Weg bringen, folgen werden. Ich gehe davon aus, dass dies auch die MPK tun wird. Wir werden heute einmal mehr die Benchmark bei der Corona-Krisenbewältigung in Deutschland und in Europa setzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir tun das zunächst mit dem Bayernplan für die nächsten Wochen. Zum Abschluss meiner Rede möchte ich darüber hinaus etwas vorschlagen, was aus Sicht der Regierungsfraktion der FREIEN WÄHLER mindestens genauso wichtig ist: Wir sind der festen Überzeugung, dass wir nicht nur einen Bayernplan für die Schließungen und für den Lockdown light benötigen, sondern dass wir in gleicher Weise einen Bayernplan für den Exit benötigen. Am Ende des Tages hängen wir nicht nur von klugen politischen Entscheidungen ab, sondern auch davon, dass wir die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen, zum Mitmachen animieren können. Dieses Mitmachen wird sicher überschaubar bleiben, wenn wir nur über die Depression und die Angst davor, was passieren könnte, in den Dialog träten. Wir müssen den Menschen auch klar aufzeigen, warum wir das tun, was wir jetzt tun. Wir müssen mit einem Bayernplan für den Exit eine Motivation für die Bevölkerung schaffen, der schon während der Zeit des Lockdowns klare, wissenschaftlich fundierte und objektive Kriterien für den Weg aus diesem Lockdown heraus definiert. Dieser Plan wäre eine Art Gesellschaftsvertrag mit den Menschen in Bayern.

Wir haben jetzt die politische Vorgabe für die Menschen, dass es jetzt notwendig ist, dass sie noch einmal mitmachen. Wenn das funktioniert, wenn durch den Einsatz des Teams Bayern die Zahlen sinken, sollen Lockerungen und die nächsten Schritte in Richtung Freiheit und Normalität folgen. Das muss ein Wenn-dann-Effekt sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir blinkt das Ende meiner Redezeit entgegen. Ich appelliere deshalb abschließend: Mitmachen ist jetzt die erste Bürgerpflicht. Jeder, der möchte, dass es wieder mehr Freiheit und Normalität gibt, muss in den nächsten drei bis vier Wochen mitmachen. Das ist unsere große Chance. Das sollte das gemeinsame Signal aus diesem Hohen Hause an die Menschen in Bayern sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Mehring, wir haben noch drei Zwischenbemerkungen. – Für die erste Intervention hat sich der Herr Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte, Herr Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Kollege Dr. Mehring! Sie sind einer der engagiertesten Verfechter der Linie der Staatsregierung. Sie verteidigen die Aussagen des Ministerpräsidenten rhetorisch mit Feuer und Flamme. Dummerweise gibt es in der Partei Ihres Koalitionspartners Leute wie den Münchner Stadtrat Dr. Hans Theiss, einen Arzt, der sagt, er habe bisher aus parteiinterner Loyalität geschwiegen, aber was bisher passiert sei, sei viel zu viel. Er folge diesem Kurs nicht mehr.

Ich möchte Ihnen eine Frage stellen: Haben solche Meinungen in der CSU noch Platz, oder soll ich diesem Mann einmal einen AfD-Mitgliedsantrag schicken? Wie stehen Sie grundsätzlich zu den Äußerungen des Herrn Dr. Theiss? Er hat fünf Punkte massiv kritisiert.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Winhart, ich bedanke mich zunächst dafür, dass Sie mir testieren, dass ich meine Stellenbeschreibung vollumfänglich erfülle. Wir haben am Wochenende intensiv darüber beraten, was wir dem Landtag heute zur Beschlussfassung vorlegen. Damit liegt es in der Natur der Sache, dass ich diesen Entwurf engagiert vertrete, nicht nur, weil das mein Job ist, sondern auch, weil ich es für richtig halte. Für einzelne Meinungen in der CSU oder einzelne Einschätzungen ehemaliger oder noch amtierender CSU-Mitglieder zum Ministerpräsidenten bin ich nicht zuständig. Ich bin der Parlamentarische Geschäftsführer der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda gemeldet. Bitte, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Dr. Mehring, ich habe mit Bewunderung festgestellt, dass Sie ein symphonischer Mathematiker sind; denn Sie sind zahlengläubig und vertrauen auf das, was unser Ministerpräsident gesagt hat. Er möchte einen strengen Lockdown, keine privaten Kontakte und einen totalen Abschluss. Sie sagen aber: Für die Schulen bitte nicht. Auch die gewerbliche Wirtschaft und das produzierende Gewerbe sollen offen bleiben. Sie fahren also einen Kurs des Sowohl-als-auch. Sie hoffen auf den 21. Januar, haben aber gar nichts vom Fasching gesagt; den haben Sie wahrscheinlich übersehen.Dann kommt der Fasching. Das ist eine riesige Gelegenheit zur Verbreitung und zum Anstecken von anderen Menschen. Dann kommt der März, in dem die Infektionszahlen von alleine zurückgehen, weil dann wärmere Temperaturen kommen. Darauf sind Sie gar nicht eingegangen, aber Sie möchten nicht, dass die Strategie ein Auf und Ab in der Pandemie darstellt. Ich meine, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Swoboda, Ihre Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): – Sie haben jetzt von der eierlegenden Wollmilchsau gesprochen. Können Sie mir diese konkreter erläutern, Herr Dr. Mehring? Ich glaube fest daran, dass Sie das können.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Mehring, bitte schön.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Swoboda, ich freue mich über Ihre Bewunderung, wenngleich Sie mir an dieser Stelle zu Unrecht zuteil wird. Ich muss eingestehen: Die Mathematik hat nicht zu meinen wissenschaftlichen Stärken gehört. Nichtsdestoweniger bin ich zwar kein Mathematiker, aber doch dem Grunde nach Wissenschaftler. Als solcher bin ich fest davon überzeugt, dass es nie eine Zeit gegeben hat, zumindest nicht in der Nachkriegszeit in unserer gemeinsamen Heimat, in der Politik so wohl beraten gewesen wäre, sich an den Rat der Wissenschaft zu halten, wie dies aktuell der Fall ist. Corona ist kein politisches Phänomen, Corona ist ein medizinisches, biologisches und wissenschaftliches Phänomen. Deshalb sind wir alle

gut beraten, auf den Rat der Wissenschaft zu hören. Ich empfinde das nicht als etwas Negatives. Ich empfinde das ausdrücklich als etwas Positives.

Mit Blick auf die Fragen zum Fasching, zum März und zum nahenden Sommer: Hier ist eines klar, das ist gar nicht so komplex: Wenn wir das, was wir heute beschließen, nicht beschließen würden, dann könnten Sie angesichts der Zahlen bereits heute den Fasching absagen. Dann könnten Sie bereits heute der Gastronomie sagen, dass sie auch im Januar geschlossen bleiben wird. Dann könnten Sie bereits heute Sport, Kunst und Kultur sagen, dass es für Sie auch zu Beginn des neuen Jahres keine Perspektive gibt und dass das neue Jahr genauso mies weitergeht, wie das alte zu enden geplant war.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Dr. Mehring, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wir machen es anders, weil wir genau das verhindern wollen, Herr Kollege.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Für die nächste Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Markus Rinderspacher von der SPD-Fraktion gemeldet. Herr Rinderspacher, bitte.

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Kollege Dr. Mehring, Ihre Generalsekretärin und Ihr Fraktionsmitglied Susann Enders fordert eine Abkehr von der Teststrategie der Bayerischen Staatsregierung und kritisiert das Konzept des Bayerischen Ministerpräsidenten. Sie beruft sich dabei auf einen Landesvorstandsbeschluss der FREIEN WÄHLER und sagt, ich zitiere: "Die Strategie der Staatsregierung der Jedermann-Tests droht zu Test-Engpässen zu führen und verursacht hohe Kosten." Teilen Sie diese Kritik, und könnten Sie uns gegebenenfalls die Eckpunkte des Landesvors-

tandsbeschlusses der FREIEN WÄHLER mit der Kritik an der Bayerischen Staatsregierung wiedergeben?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Werter Herr Vizepräsident, es handelt sich sozusagen um eine Recycling-Frage, die mir im Zuge der letzten Plenarsitzung schon einmal in gleicher Weise gestellt worden ist.

(Heiterkeit – Zuruf)

Ich bin an dieser Stelle – inhaltlich habe ich die Frage schon beantwortet – ein bisschen verwundert. Wissen Sie, Herr Kollege, wenn wir uns als Landtag zur Genehmigungsbehörde der Politik der Staatsregierung machen, dann werfen Sie uns nach meinem Dafürhalten zu Recht vor, dass wir – Herr Kollege Arnold tut dies häufig und gerne – sozusagen nur billigen, was ohnedies ohne unser Zutun aufseiten der Exekutive beschlossen worden sei. Wenn wir das Gegenteil davon tun und eigene Vorschläge einbringen, dann werfen Sie uns anschließend im Sinne von Inkonsistenz die eigenen Vorschläge vor. Demzufolge finde ich, es liegt in der Natur der Sache, in einer dynamischen Pandemielage miteinander zu diskutieren. Die Wahrheit ist auch, dass es Gott sei Dank gelegentlich unterschiedliche Auffassungen unter den Koalitionären gibt. Wäre dies nicht der Fall, könnte die CSU alleine regieren. Sie regiert aber nicht alleine, sondern sie regiert mit uns. Deshalb ringen wir um die besten Lösungen für Bayern bei der Teststrategie und in allen anderen Feldern. Konkret zur Teststrategie hatte ich letztens schon ausgeführt: Ich glaube, sie hat Leben gerettet, aber ich glaube auch, wir müssen sie entsprechend weiterentwickeln. Der Vorstoß der Kollegin Enders dazu ist einer von vielen.

(Zurufe – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Dr. Mehring. – Nächster Redner ist Herr Kollege Bernd Seidenath von der CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns in einer schwierigen Zeit. Das haben wir heute oft gehört. Nun kommt es darauf an, die Fliehkräfte der Gesellschaft zu bändigen und die Gesellschaft zusammenzuhalten, wie bei dem Bild eines Fußballspiels, in dem wir als Team gegen das Coronavirus auftreten. Wir müssen ein Team sein. Auch in einer Fußballmannschaft sind nicht alle die dicksten Freunde. Das hat schon Sammy Drechsel in seinem legendären Jugendbuch "Elf Freunde müsst ihr sein" geschrieben. Genauso ist es.

Noch besser ist wahrscheinlich das Bild der Rettungsaktion des Höhlenforschers aus der Riesending-Schachthöhle im Jahr 2014. Falls Sie sich noch daran erinnern: Hier waren die Retter ebenfalls eine Schicksalsgemeinschaft. Sie mussten sich aufeinander verlassen. Sie mussten sich der Gefahr bewusst sein und durften keinen Fehler begehen, sonst wären sie selbst in Gefahr oder verloren gewesen. Genauso müssen wir uns gegenseitig helfen. Wir müssen zusammenstehen und uns aufeinander verlassen können wie die Feuerwehrleute oder die Bergwacht bei einer Rettungsaktion. Es geht um Leben und Tod vieler. Wir müssen zusammenhalten, uns an die Regeln halten, die Kontaktbeschränkungen befolgen und uns an die neuen Ausgangsbeschränkungen halten. Jeder muss bitte mitmachen.

Meine Damen und Herren, es geht darum, unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Stellen Sie sich folgendes Bild vor: In einer Notaufnahme kommen gleichzeitig drei schwerstkranke Patienten an. Ein Arzt oder eine Intensivpflegekraft ist da, die entscheiden muss, wem jetzt geholfen wird. Wir müssten also Regeln aufstellen, wem in einem solchen Fall geholfen wird und wem nicht. Wir müssten das Vorgehen einer Triage praktizieren. Wer gegen schärfere Maßnahmen ist – hier schaue ich gerade die AfD an –, der muss auch feststellen, wann jemandem nicht mehr geholfen wird und

(Zuruf)

ab welchem Alter oder bei welcher Vorerkrankung jemandem nicht mehr geholfen wird.

Diese Diskussion, meine Damen und Herren, wäre absolut unethisch. Diese Entscheidung will niemand treffen. Wenn wir hier weiterdenken, bleibt nur die Lösung, diese Situation zu verhindern. Das geht nur, wenn wir jetzt Infektionen verhindern, wenn Menschen nicht erkranken und unsere Ärzte und unser Pflegepersonal in ein paar Wochen nicht in diese Zwangssituation geraten. Wir wollen diese Triage unbedingt vermeiden. In diese Verlegenheit dürfen wir nicht kommen. Wir wollen allen Menschen optimal helfen, die Hilfe brauchen. Deshalb gibt es die heute besprochenen und getroffenen Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, wir müssen noch vier bis fünf Monate überstehen bis April oder Mai 2021, bis es wärmer wird, bis wir wieder mehr draußen sein können, bis auch das Immunsystem durch wärmere Temperaturen gestärkt ist, und dann sehen, dass wir eine dritte Welle im Herbst 2021 verhindern. Dem dient die Strategie der Staatsregierung, dem dienen die vier Säulen, die wir Ihnen hier vorschlagen und nach denen wir handeln:

Die erste Säule ist die Prävention: Abstand halten, Händedesinfektion, Mund-Nasen-Bedeckung, das Lüften, die Corona-Warn-App. Hinzu kommen jetzt die Ausgangsbeschränkung und die Kontaktvermeidung, all dies, was Kontakte und damit Infektionen verhindert, Wechselunterricht etc. Prävention ist ein ganz wichtiger Punkt.

Die zweite Säule ist das Impfen. Wir wollen, dass Menschen gegen die Erkrankung immun werden und gegen eine Infektion geschützt sind. Deswegen geschieht das Impfen. Zu dem Antrag der AfD ist letztlich schon alles gesagt worden. Herr Dr. Mehring hat es mit dem Begriff "menschenverachtend" auf den Punkt gebracht. Auch der Vergleich zu Contergan geht völlig fehl. Wir haben ein ganz normales Vorgehen, wie wir es bei allen Medikamenten und Impfstoffen haben. Sie dagegen wollen den Menschen die Hilfe verweigern.

Ich erinnere mich an einen Dringlichkeitsantrag, den Sie hier einmal gestellt haben, um einen weiteren Lockdown zu verhindern. Dass muss Ende Oktober gewesen sein, als ich Ihnen hier von diesem Platz aus zugerufen habe, dass mir das so vorkommt, als sei bei Ihnen ein Feuer ausgebrochen. Sie hätten Brandbeschleuniger im Haus gelagert und wollten nun noch der Feuerwehr verbieten zu löschen. Damals habe ich noch ergänzt, Sie würden dann die Ersten sein, die sich hinterher beklagen, dass Ihr Haus abgebrannt ist. Vielleicht legen Sie es aber auch darauf an, dass Ihr Haus abbrennt und hier alles in Schutt und Asche zerfällt. Anders sind diese Anträge nicht mehr zu verstehen. – Unsere Strategie ist also: Impfen.

Die dritte Säule ist das Testen. Wir müssen eine Person, die sich infiziert hat, schnell identifizieren, um Kontakt und Infektionsketten zu unterbinden. Wir müssen Kontaktpersonen identifizieren etc.

Die vierte Säule ist die Therapiestrategie. Wir müssen Medikamente entwickeln, die denen helfen, die Hilfe benötigen, Arzneimittel, die den Schwerkranken unter die Arme greifen, die sie beim Genesungsprozess unterstützen. Hier hapert es noch. Wir haben als CSU-Fraktion mit vielen Helfern – Tobias Reiß, Ilse Aigner und Klaus Holetschek – fünfzig Millionen Euro für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Das sind unsere vier Punkte, und deshalb hätte die GRÜNEN-Fraktion heute auch einmal sagen können, Herr Kollege Hartmann: Verdammt, ihr macht das gut. Die Staatsregierung und der Ministerpräsident machen das gut. – Das wäre einmal etwas anderes gewesen.

(Zuruf)

Dazu haben Sie sich aber nicht durchringen können, sondern Sie haben auf Biegen und Brechen einen anderen Kritikpunkt gesucht und eine angebliche Konzeptlosigkeit gefunden; es fehle eine klare Strategie. Wissen Sie, wie mir das vorkommt? – Mir kommt das vor, wie wenn sich ein Fan des FC Bayern nach einem Bayernsieg darüber aufregt, wie wirr die Spielzüge gewesen seien, die zu den Toren geführt hätten, oder

wie ungelenk Thomas Müller wieder einmal sein Tor geschossen habe. Das Ergebnis ist doch wichtig,

(Zurufe)

und wir sind bisher doch einigermaßen glimpflich durch diese Krise gekommen. Das soll auch bitte so bleiben, und dem dienen die heute angekündigten Maßnahmen.

Für dieses Virus gibt es kein Lehrbuch und für seine effektive Bekämpfung keine Blaupause. Man muss immer wieder nachjustieren und sich immer auf die aktuelle Situation einstellen. Genau das tut die Staatsregierung, und zwar vorbildlich.

Meine Damen und Herren, zu den Dringlichkeitsanträgen: Beim Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN kann ich mich auf meine Kollegin Frau Waldmann berufen. Die Ratlosigkeit, die von der Sie gesprochen haben, hat sich auch bei mir eingeschlichen. Was die Begründung der Ablehnung der CSU- und FREIEN WÄHLER-Fraktion anbelangt, kann ich mich auf die Begründung der SPD stützen. – Zum Dringlichkeitsantrag der AfD ist letztlich alles gesagt. – Der Dringlichkeitsantrag der SPD verfolgt genau das, was auch wir wollen; Sie unterscheiden sich nur in Nuancen. Deswegen braucht es den Antrag so nicht.

(Zurufe)

All das ist auch schon umgesetzt.

(Zurufe)

Den Antrag braucht es so nicht, und wir brauchen ihm deswegen auch nicht zuzustimmen.

(Unruhe)

Dem Dringlichkeitsantrag der FDP könnten wir zustimmen, wenn die beiden letzten Absätze – Thema Massentests – und die Kritik an unseren Kontaktbeschränkungen

nicht wären. Herr Dr. Spitzer, ich kann Ihnen das Zitat aus dem Paulusbrief an die Thessalonicher deshalb durchaus wieder zurufen und sagen: Prüft aber alles, und das Gute behaltet. – Wenn ihr die zwei letzten Absätze streichen würdet, könnten wir diesem Antrag zustimmen.

Meine Damen und Herren, am Ende kann ich nur noch einmal an die Vernunft appellieren. Bitte bewahren wir alle einen kühlen Kopf. Ich bitte Sie auch: Machen Sie alle bei diesen Maßnahmen mit. Herr Dr. Mehring hat es gerade auf den Punkt gebracht; alle müssen mitmachen, damit wir Erfolg haben und wir wieder in eine bessere Zukunft ohne Lockdown gehen können.

Helfen wir bitte alle zusammen, die Grundrechte effektiv zu schützen. Es geht darum, das Leben und die Gesundheit gerade der Alten und der vorerkrankten Menschen in unserem Land effektiv zu schützen. Sie brauchen unsere Solidarität, unsere Rücksicht, unseren Schutz und den Schutz ihrer wichtigsten Grundrechte.

Es ist ernst, und es ist dramatisch. Die Staatsregierung handelt aber richtig. Stimmen Sie deshalb unserem Dringlichkeitsantrag zu. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Seidenath, Sie haben diese Maßnahmen zum einen sehr eindringlich unter anderem mit der Triage begründet, die es zu vermeiden gilt. Wir sind uns sicher einig, dass keiner von uns hier in diese schreckliche Situation kommen bzw. die Ärztinnen und Ärzte nicht in die Situation bringen will, zu entscheiden, wer behandelt wird und wer nicht behandelt wird. Sie sind aber hoffentlich mit mir einig, dass dazu dienlich ist, die Kapazitäten der Intensivmedizin zu

stärken, und dass der Maßnahmenkatalog, um den es heute geht, nicht in erster Linie dazu geeignet ist, eine Triage zu vermeiden.

Der Katastrophenfall wird jetzt ausgerufen, und mir wäre deshalb wichtig zu wissen, ob Sie diese Maßnahmen auch ergreifen wollen.

Zum anderen haben Sie als Begründung genannt, eine dritte Welle im Herbst kommenden Jahres vermeiden zu wollen. Diesbezüglich haben Sie explizit die Ausgangsbeschränkungen und die Ausgangssperre genannt, die deswegen auch nötig wären. Ich hoffe, wir sind uns einig, dass nicht beabsichtigt ist, diese Maßnahmen bis zum Herbst 2021 fortzuführen.

Bernhard Seidenath (CSU): Frau Kollegin Waldmann, zum Thema "Triagierung" ganz klar: Die Intensivkapazität ist in der Tat ausgebaut worden, und wir haben seit der ersten Welle im April, Mai dieses Jahres deutlich mehr Intensivbeatmungsplätze geschaffen. Ein Beatmungsgerät allein nützt aber nichts, denn wir brauchen auch das Personal dazu. Wir brauchen die Ärzte und vor allem die Intensivpflegekräfte, die hier behandeln. Das ist das Entscheidende.

Die Ausrufung des Katastrophenfalls, den wir ab morgen wieder haben, hilft dazu, einen Reservistenpool zu bilden und Leute heranzuziehen, um für alle Eventualitäten bei dieser anhaltend hohen Infektionszahl gerüstet zu sein.

Des Weiteren sollen die Ausgangsbeschränkungen nur so lange bleiben, wie sie nötig sind; das verlangt das Gebot der Verhältnismäßigkeit. Ein Mittel muss erforderlich und geeignet sein. Es darf auch nur dann angewendet werden, wenn es keine anderen milderen Mittel gibt. Wir wollen diese Ausgangsbeschränkung nur, um schnell wieder herunterzukommen, um über diese Phase zu kommen.

Ich habe nur gesagt, dass es bis zum April, Mai nächsten Jahres eine schwierige Zeit ist, die wir überbrücken müssen. Wir müssen insgesamt sehr achtgeben und uns an die Abstandsregeln usw. halten.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Bernhard Seidenath (CSU): Ich bin auch schon am Ende meiner Ausführungen, aber wollte Frau Waldmann nur noch sagen, dass es natürlich nicht beabsichtigt ist, so lange Ausgangsbeschränkungen zu halten. Ich hoffe, wir schaffen das früher. Dann müssen sich aber alle daran halten. Dieser Appell stand am Ende meiner Rede,

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Rede – –

Bernhard Seidenath (CSU): und er steht auch am Ende meiner Antwort auf die Zwischenbemerkung.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Ich war schon fertig.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zum Dringlichkeitsantrag von CSU-Fraktion und der FREIEN WÄHLER wurde eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir werden die anderen Anträge deshalb zunächst in einfacher Form abstimmen.

Damit kommen wir zum Dringlichkeitsantrag der FRAKTION BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/11873. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FDP. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/11874 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die beiden fraktionslosen Abgeordneten, die FDP, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 18/11875. Hier gibt es eine Änderung. In Ziffer 2 wird nach dem ersten Satz die Formulierung "In Ausnahmefällen sind Schnelltests zulässig" eingefügt. Wer dem Antrag in dieser Form zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FDP und Herr Abgeordneter Plenk (fraktionslos). Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Ich bitte, Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das sind die Fraktion der AfD und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/11876 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP- und die SPD-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die AfD-Fraktion, die CSU, die FREIEN WÄHLER und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Ich bitte, Stimmenthaltungen anzuzeigen. Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag von CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/11872. Wir führen diese namentliche Abstimmung nun mit dem Abstimmungsgerät durch. Die Abstimmungszeit ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18:39 bis 18:41 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Das Ergebnis werde ich Ihnen später bekannt geben.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Jetzt entschieden handeln – Corona-Infektionszahlen in Bayern vor Weihnachten senken" auf Drucksache 18/11872 bekannt. Mit Ja haben 79 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 33 gestimmt, Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 08.12.2020 zu Tagesordnungspunkt 2: Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Jetzt entschieden handeln - Corona-Infektionszahlen in Bayern vor Weihnachten senken (Drucksache 18/11872)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara	X		
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus	X		
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons	X		
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Busch Michael		X	
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang	X		
Dr. **Faltermeier** Hubert			
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian		X	
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Tessa	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias			
Gottstein Eva	X		
Graupner Richard		X	
Grob Alfred			
Güller Harald			
Guttenberger Petra			
Häusler Johann	X		
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar		X	
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang			
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold			
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Högl Petra	X		
Hofmann Michael			
Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus	X		
Dr. **Hopp** Gerhard			
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander	X		
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred	X		
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian	X		
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander			
Nussel Walter	X		
Dr. **Oetzinger** Stephan	X		
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara			
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold	X		
Dr. **Runge** Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Dr. **Spitzer** Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard			
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	79	33	0